



ÖFFENTLICHE BERICHTSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

20 Fachbereich Finanzen und Controlling

Beteiligt:

Betreff:

Bericht zur Haushaltslage

Beratungsfolge:

26.04.2018 Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussfassung:

Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.



Kurzfassung

Die Kurzfassung entfällt!

Begründung

1. Ergebnisrechnung 2017

1.1 Eckdaten

Die Stadt Hagen ist als pflichtige Stärkungspaktkommune gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg in besonderem Maße zur Auskunft verpflichtet. Zusätzlich zu den regelmäßigen Berichten zum Stand der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans fordert die Bezirksregierung Arnsberg auch den Stand laut städtischem Controlling-Bericht ein.

Das Gesamtergebnis des Haushaltsjahres 2017 schließt mit einem **Überschuss** in Höhe von **2,5 Mio. €** ab. Somit erfüllt die Stadt Hagen als pflichtige Stärkungspaktkommune die Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes und erreicht damit einen ausgeglichenen Haushalt.

Das **ordentliche Ergebnis** schließt in Höhe von 11,9 Mio. € ab. Gegenüber dem geplanten ordentlichen Ergebnis ergibt sich eine Abweichung in Höhe von -3,1 Mio. €. Unter Berücksichtigung des **Finanzergebnisses (+ 3,8 Mio. €)** ergibt sich insgesamt eine **Verbesserung gegenüber der Planung von ca. + 0,7 Mio. €**.

Das Haushaltsjahr 2017 ist geprägt durch eine positive Entwicklung der Ertragsseite.

Dieses Ergebnis steht unter dem Vorbehalt der Prüfung des Jahresabschlusses.

Ergebnisrechnung (Stadt Hagen)	2017 (Haushaltsplan)	2017 (IST)	Abw. (in €)
Ordentliche Erträge	-677.261.411 €	-711.394.187 €	34.132.776 €
Ordentliche Aufwendungen	662.227.521 €	699.426.636 €	-37.199.116 €
Ordentliches Ergebnis	-15.033.891 €	-11.967.551 €	-3.066.339 €
Finanzerträge	-11.420.160 €	-11.333.377 €	-86.783 €
Finanzaufwendungen	24.650.000 €	20.796.132 €	3.853.868 €
Finanzergebnis	13.229.840 €	9.462.755 €	3.767.085 €
Gesamtergebnis (Fehlbetrag):	-1.804.051 €	-2.504.796 €	700.745 €



1.2 Controlling-Bericht über die Ergebnisrechnung 2017

Der Controlling-Bericht über die Ergebnisrechnung 2017 zum Stand 31.12.2017 stellt die größten Abweichungen pro Haushaltsposition dar und wird als Anlage Nr. 1 zur Berichtsvorlage beigelegt.

2. Haushaltssanierungsplan

2.1 Controllingbericht Stand: 31.12.2017

Der HSP-Controllingbericht mit Stand 31.12.2017 wird als Anlage 2 dargestellt.

Das geplante Konsolidierungsvolumen im Haushaltssanierungsplan 2017 beträgt 76.251.943 €. Umgesetzt werden konnten die Maßnahmen mit einem Betrag von 76.443.699 €. Es ergibt sich demnach eine **Verbesserung** in Höhe von **191.756 €**.

2.2 Controllingbericht Stand: 31.03.2018

Der HSP-Controllingbericht mit Stand 31.03.2018 wird als Anlage 3 dargestellt.

Aufgrund der aktuellen Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2018, die am 22.02.2018 vom Rat der Stadt Hagen beschlossen wurde und der Bezirksregierung zur Genehmigung vorliegt, sind zum derzeitigen Zeitpunkt keine Abweichungen erkennbar.

Das Konsolidierungsvolumen im Haushaltssanierungsplan 2018 beträgt 77.524.775 €.

3. Gewerbesteuerentwicklung 2018

Der **Haushaltsansatz für 2018** beträgt 95 Mio. €. Die Jahressollstellung ergab ein Steuersoll von 80,5 Mio. €. Durch die weiteren Veränderungen stieg das Soll auf mittlerweile gut 96 Mio. € an.

Es wird davon ausgegangen, dass der Haushaltsansatz bis zum Jahresende erreicht wird.

4. Schuldenstand

	05.04.2018	Vorjahr
Liquiditätskredite	1.072.511.400	1.129.300.000
Investitionskredite	87.362.138	91.928.701



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ sind nicht betroffen

Finanzielle Auswirkungen

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen

gez.

Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

gez.

Christoph Gerbersmann
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

20

Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

Controlling-Bericht über das vorläufige Ergebnis 2017

Erarbeitet und vorbereitet durch:
Stadt Hagen, Fachbereich Finanzen und Controlling, Sachgruppe Controlling

Einführung	Seite 2
I. Stand der vorläufigen Ergebnisrechnung 2017	Seite 3 - 8
• Kurzanalyse , Verbesserungen/Verschlechterungen	Seite 4 -8
II. Erläuterungen zu den größten Abweichungen auf Haushaltspositionsebene	Seite 9 - 37
• Gesamtergebnisplan/Gesamtergebnisprognose	Seite 10
• Steuern u. ähnliche Abgaben	Seite 11-12
• Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	Seite 13
• Sonstige Transfererträge	Seite 14
• Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte	Seite 15
• Privatrechtliche Leistungsentgelte	Seite 16
• Kostenerstattung u. Kostenumlagen	Seite 17
• Sonstige ordentliche Erträge	Seite 18-19
• Aktivierte Eigenleistungen	Seite 20
• Personalaufwendungen	Seite 21-22
• Versorgungsaufwendungen	Seite 23
• Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Seite 24-25
• Abschreibungen	Seite 26
• Transferaufwendungen	Seite 27
• Sonstige ordentliche Aufwendungen	Seite 28-29
• Finanzerträge	Seite 30
• Zinsen und Finanzaufwendungen	Seite 31
• Anhang 1 – Asyl	Seite 32-34
• Anhang 2 – Soziales und Kinder- und Jugendhilfe	Seite 35-39

Einführung:

Gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Der Rat der Stadt Hagen hat mit Beschluss vom 07.04.2016 und dem Änderungsbeschluss vom 24.11.2016 den Haushalt 2016/2017 beschlossen. Daraus ergibt sich für 2017 ein geplanter **Jahresüberschuss** in Höhe von **1,8 Mio. €**.

Der vorliegende Bericht über die voraussichtliche Ergebnisrechnung 2017 informiert über das vorläufige Gesamtergebnis 2017 und über die Plan-Ist Abweichungen zur Gesamtergebnisrechnung und deren Ursachen.

Der Bericht ist in zwei Teile unterteilt.

Im I. Teil wird auf Basis einer Kurzanalyse das Gesamtergebnis erläutert und die größten Verbesserungen und Verschlechterungen grafisch dargestellt.

Im II. Teil wird die Gesamtergebnisrechnung auf Haushaltspositionsebene erläutert. *Hinweis: Da sich insbesondere in den Bereichen „Soziales“ und „Kinder- und Jugendhilfe“ erhebliche Plan-Ist- Abweichungen auf Haushaltspositionsebene ergeben, die zum Teil miteinander korrespondieren, werden diese Bereiche zur besseren Übersicht im Anhang gesondert abgebildet.*

Für weitere Informationen zum Thema Kennzahlen, Chancen und Risiken, etc. wird auf den Lagebericht 2017 verwiesen.

I. Teil

Stand der vorläufigen Ergebnisrechnung 2017 - Kurzanalyse-

Kurzanalyse

Ergebnisrechnung (Stadt Hagen)	Ergebnis 2016	2017 (Haushaltsplan)	2017 (IST)	Abw. (in €)	Abw. (in %)	Verbesserung/ Verschlechterung
Ordentliche Erträge	-671.239.652 €	-677.261.411 €	-711.394.187 €	34.132.776 €	5,0%	Verbesserung
Ordentliche Aufwendungen	671.542.357 €	662.227.521 €	699.426.636 €	-37.199.116 €	5,6%	Verschlechterung
Ordentliches Ergebnis	302.705 €	-15.033.891 €	-11.967.551 €	-3.066.339 €	-20,4%	Verschlechterung
Finanzerträge	-11.017.965 €	-11.420.160 €	-11.333.377 €	-86.783 €	-0,8%	Verschlechterung
Finanzaufwendungen	23.565.172 €	24.650.000 €	20.796.132 €	3.853.868 €	-15,6%	Verbesserung
Finanzergebnis	12.547.207 €	13.229.840 €	9.462.755 €	3.767.085 €	-28,5%	Verbesserung
Gesamtergebnis (Fehlbetrag):	12.849.912 €	-1.804.051 €	-2.504.796 €	700.745 €	38,8%	Verbesserung

Das Gesamtergebnis des Haushaltsjahres 2017 schließt mit einem **Überschuss** in Höhe von **2,5 Mio. €** ab. Somit erfüllt die Stadt Hagen als pflichtige Stärkungspaktkommune die Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes und erreicht damit einen ausgeglichenen Haushalt.

Das **ordentliche Ergebnis** schließt in Höhe von 11,9 Mio. € ab. Gegenüber dem geplanten ordentlichem Ergebnis ergibt sich eine Abweichung in Höhe von -3,1 Mio. €. Unter Berücksichtigung des **Finanzergebnisses (+ 3,8 Mio. €)** ergibt sich insgesamt eine **Verbesserung gegenüber der Planung von ca. + 0,7 Mio. €**.

Das Haushaltsjahr 2017 ist geprägt durch eine positive Entwicklung der Ertragsseite.

Positive Effekte zeigen sich insbesondere durch ein erhöhtes Steueraufkommen bei der **Gewerbesteuer (ca. + 18,9 Mio. €** unter Berücksichtigung der Gewerbesteuerumlage und Fonds Deutsche Einheit), **und Gewerbesteuernachzahlungszinsen (ca. +2,6 Mio. €)** .

Die **Wohngeldreform** , die zum 01.01.2016 in Kraft getreten ist, wirkt sich ebenfalls positiv auf das Ergebnis aus **(+ 1,2 Mio. €)**, da sie zum Zeitpunkt der Planung noch keine Berücksichtigung gefunden hatte.

Zudem reduziert sich der Aufwand bei der Landschaftsumlage durch eine geringere Festsetzung des Hebesatzes **(ca. +0,7 Mio. €)**.

Im Rechnungsergebnis fielen die Erträge für **Rettungsdienstgebühren** mit **+ 1,2 Mio. €** höher als der Ansatz aus.

Die Systematik der **Steuerzahlung für die Sparkassenausschüttung** wurde für 2017 geändert. Es sollen nur Ertrag und Aufwand des laufenden Jahres gebucht und geplant werden. Eine Zuführung zu der Rückstellung entfällt ab 2017. Das bedeutet, dass in 2017 dem Ertrag kein Aufwand entgegensteht, wodurch es in diesem Jahr zu einem Einmaleffekt (Ergebnisverbesserung in Höhe von **+0,9 Mio. €**) kommt.

Die weiterhin günstige **Zinssituation** führt zu einer Verbesserung gegenüber dem Ansatz in Höhe von **+3,4 Mio. €**.

Das **Pflegestärkungsgesetz III** wirkt sich auf Ertrags- und Aufwandsseite positiv aus, so dass eine Verbesserung von insgesamt **+1,7 Mio. €** erzielt wird.

Bei der **Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung** kommt es zu einer Verbesserung gegenüber dem Ansatz in Höhe von **+0,5 Mio. €**. Zu den nennenswerten Ursachen gehören die Erstattungen für die in Pflegefamilien lebenden Kindern, die in den Verantwortungsbereich des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe fallen.

Die höheren Fallzahlen im Bereich der **Kindertageseinrichtungen** verbessert das Ergebnis um **+0,9Mio. €**.

Negative Effekte zeigen sich insbesondere durch **Mehrbelastungen in Höhe von ca. -8,4 Mio. €** im Bereich Asyl, **die hauptsächlich** durch die Neuregelung des **Flüchtlingsaufnahmegesetzes** zustande gekommen sind.

Die **Personalaufwendungen** weichen in Höhe von ca. **-8,1 Mio. €** vom Planansatz ab. Dabei führen vor allem die **Pensions- und Beihilferückstellungen** zu einer starken Verschlechterung des Ergebnisses **(ca. -3,9 Mio. €)**. Die weitere Abweichung **(ca. -4,2 Mio. €)** resultiert aus externen Neueinstellungen. Insbesondere führt die Aufstockung des städtischen Personals im Jobcenter zu einem Mehraufwand von -1,4 Mio. €. Dem gegenüber stehen Personalkostenerstattungen. Weitere Stellenausweitungen resultieren aus verschiedenen Förderprogrammen.

Bei den **Versorgungsaufwendungen** beträgt die Abweichung **- 7,3 Mio. €**. Der Anstieg bei den Versorgungsaufwendungen ist hauptsächlich auf die Rückstellungen zurückzuführen (Pensionsrückstellungen -3,9 Mio. € und Beihilferückstellungen -3,3, Mio. €).

Den Personal- und Versorgungsaufwendungen steht die **Auflösung von Personalarückstellungen** gegenüber **(+ 2,4 Mio. €)** und die **Auflösung von Versorgungsrückstellungen (+ 1,8 Mio. €)**. Die **Personalkostenerstattungen u.a. für das Jobcenter (+ 1,4 Mio. €)** korrespondieren ebenfalls mit den höheren Personalaufwendungen. Unter Berücksichtigung aller Erstattungen und Auflösung von Rückstellungen kommt es insgesamt zu einer Verschlechterung in Höhe von insgesamt **-9,6 Mio. €**.

Die **Wertberichtigungen auf Forderungen (ca. – 2,6 Mio. €)** und die **AfA auf Forderungen (– 2,6 Mio. €)** führen zu einer Verschlechterung im Haushalt in Höhe von -5,2 Mio. €.

Weitere Abweichungen zum Plan kommen durch die **Gebäudeunterhaltung (-1,9 Mio. €)** zustande.

Die Erhöhung der Krankenhausumlage bedeutet Mehrbelastungen für die Kommunen in NRW in Höhe von ca. 100 Millionen Euro. Das wirkt sich auf den Haushalt der Stadt Hagen um ca. **-1 Mio. €** aus.

Verschiedene Rückstellungstatbestände, wie die **Rückstellung** für die Instandhaltung von Straßen (-4 Mio. €) und dem Hohenhof (-0,3 Mio. €) und die nicht realisierte Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen (-1,5 Mio. €) führen zu einer weiteren Verschlechterung in Höhe von **-5,8 Mio. €**.

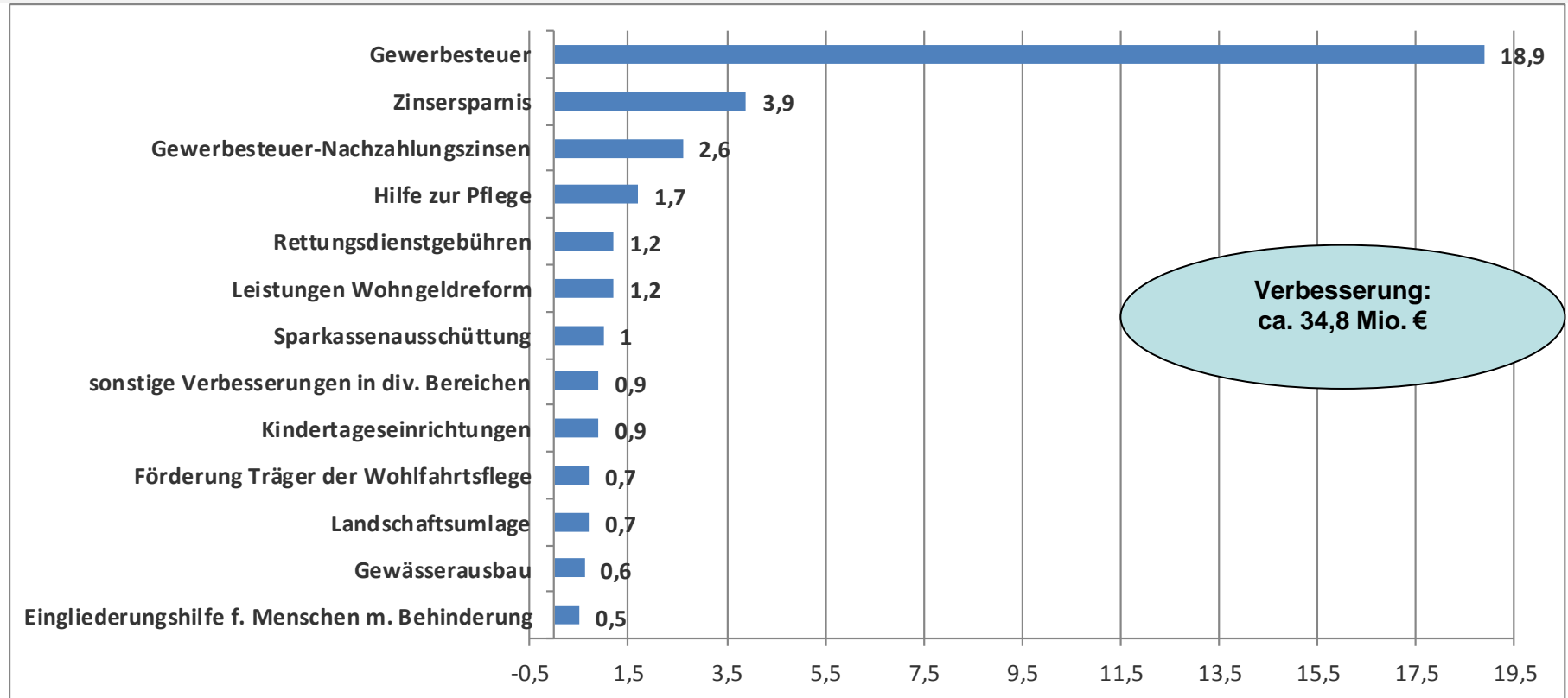
Durch weitere Abweichungen bei den Kostenerstattungen für Pflegefamilien außerhalb Hagens kommt es im Bereich der **Erziehungshilfen** zu einer Verschlechterung in Höhe von ca. **-1,5 Mio.€**.

Aufgrund der Reform des **Unterhaltungsvorschussgesetzes (UVG)**, die zum 01.07.2017 in Kraft getreten ist, sind die Fallzahlen in diesem Bereich deutlich angestiegen. Das führt insgesamt zu einer Verschlechterung in Höhe von **-0,7 Mio. €**. Die Heranziehungsquote ist im Jahr 2017 aufgrund einer als mangelhaft zu bezeichnenden Personalversorgung des Aufgabenbereiches auf ein Rekordtief gesunken. Im Regierungsbezirk Arnsberg belegt die Stadt Hagen im Vergleich der Heranziehungsquoten den letzten Platz.

Trotz der massiven Mehrbelastungen, insbesondere durch die Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (-8,4 Mio. €), sowie die nichtzahlungswirksamen Aufwendungen im Personal- und Versorgungsbereich (-7 Mio. €) und die nichtzahlungswirksamen Rückstellungstatbestände (-5,8 Mio. €) und Abschreibungen (-5,2 Mio. €) weist das Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit eine **Verbesserung des Jahresergebnisses um ca. +0,7 Mio. €** aus. Alleine die hier aufgeführten nichtzahlungswirksamen Sachverhalte wirken sich mit ca. -18 Mio. € auf das Ergebnis negativ aus.

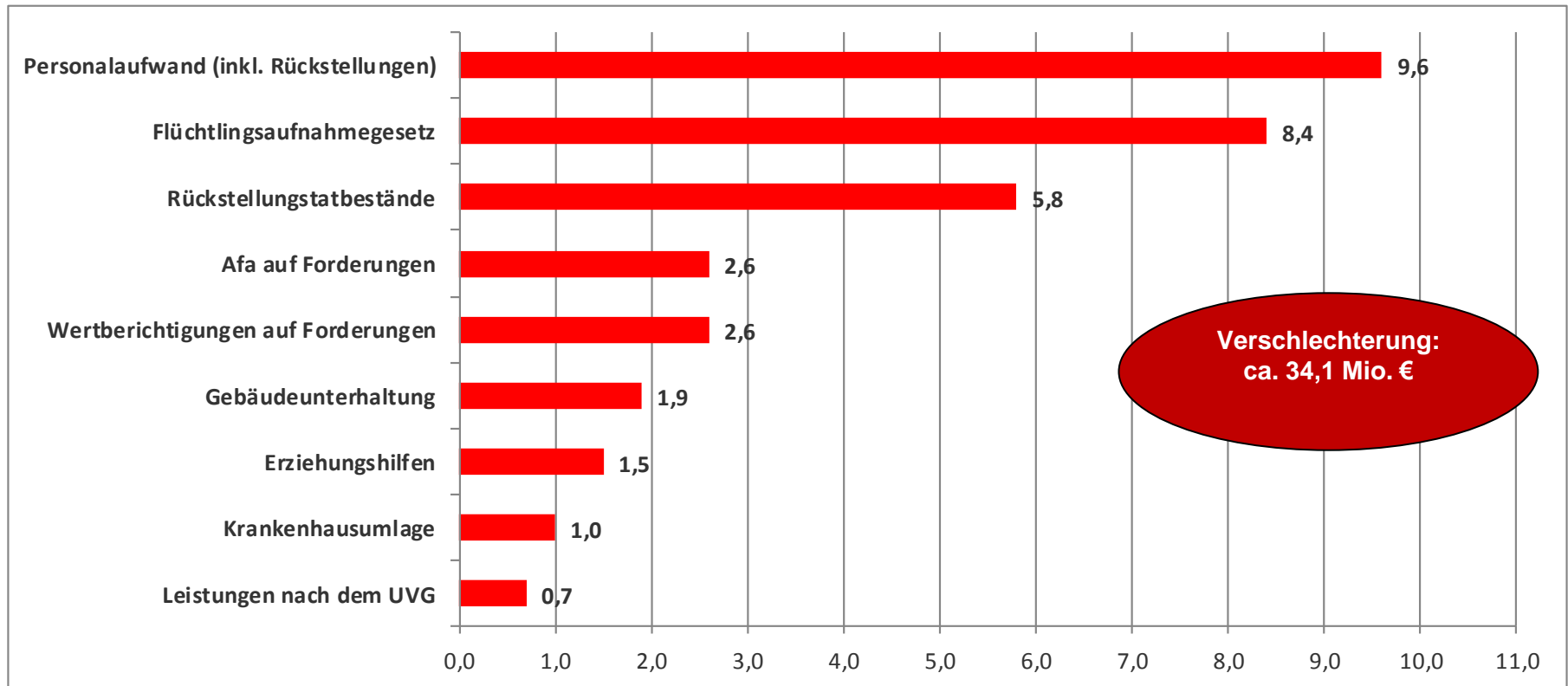
Verbesserungen – Abweichung Plan/IST 2017

Die unten abgebildete Grafik zeigt die größten Verbesserungen zwischen dem vorläufigen Ergebnis 2017 und dem Plan 2017. Weitere Details und Informationen dazu können aus dem II. Teil des Berichtes entnommen werden.



Verschlechterungen – Abweichung Plan/IST 2017

Die unten abgebildete Grafik zeigt die größten Verschlechterungen zwischen dem vorläufigen Ergebnis 2017 und dem Plan 2017. Weitere Details und Informationen dazu können aus dem II. Teil des Berichtes entnommen werden.



II. Teil

Erläuterung zu
den Abweichungen und Ursachen
vorläufige Ergebnisrechnung 2017
- auf Haushaltspositionsebene-

Gesamtergebnisrechnung

Pos.	Planung u. Bewirtschaftung	Rechnungs- ergebnis	HH-Plan (lt. Ratsbeschluss)	IST	Abw.	Abw.	Auswirkung
		2016 €	2017 €	2017 €	€	in %	
1	Steuern u. ähnl. Abgaben	-231.944.231	-243.340.444	-265.745.844	22.405.400	9,2%	
2	Zuwendungen u. allg. Umlagen	-251.854.482	-261.480.873	-246.966.394	-14.514.479	-5,6%	
3	Sonstige Transfererträge	-9.771.539	-8.057.242	-8.843.460	786.218	9,8%	
4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-73.850.535	-71.973.992	-77.171.514	5.197.522	7,2%	
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-5.162.675	-4.386.773	-5.163.920	777.147	17,7%	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-65.152.314	-58.995.757	-67.443.556	8.447.799	14,3%	
7	Sonstige ordentliche Erträge	-32.979.836	-28.990.730	-39.865.880	10.875.150	37,5%	
8	Aktiviert Eigenleistungen	-524.040	-35.600	-193.618	158.018		
10	Ordentliche Erträge	-671.239.652	-677.261.411	-711.394.187	34.132.776	5,0%	Mehrertrag
11	Personalaufwendungen	137.848.934	134.857.040	142.907.904	-8.050.864	-6,0%	
12	Versorgungsaufwendungen	18.449.351	14.073.417	21.364.009	-7.290.592	-51,8%	
13	Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	119.216.204	115.477.071	124.276.673	-8.799.601	-7,6%	
14	Bilanzielle Abschreibungen	46.903.629	44.139.500	46.351.752	-2.212.252	-5,0%	
15	Transferaufwendungen	247.552.460	261.534.890	254.464.005	7.070.884	2,7%	
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	101.571.779	92.145.602	110.062.293	-17.916.690	-19,4%	
17	Ordentliche Aufwendungen	671.542.357	662.227.521	699.426.636	-37.199.116	-5,6%	Mehraufwand
18	Ordentliches Ergebnis	302.705	-15.033.891	-11.967.551	-3.066.339	-20,4%	Verschlechterung
19	Finanzerträge	-11.017.965	-11.420.160	-11.333.377	-86.783	-0,8%	Minderertrag
20	Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen	23.565.172	24.650.000	20.796.132	3.853.868	-15,6%	Minderaufwand
21	Finanzergebnis	12.547.207	13.229.840	9.462.755	3.767.085	28,5%	Verbesserung
22	Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit	12.849.912	-1.804.051	-2.504.796	700.745	-38,8%	Verbesserung

Abweichungen nach Haushaltspositionen

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
1) Steuern u. ähnliche Abgaben	-243.340.444	-265.745.844	22.405.400	9,2%			
Steuern u. ähnliche Abgaben: Der Haushaltsansatz 2017 sieht einen Ertrag in Höhe von 243,3 Mio. € unter der Position Steuern und ähnliche Abgaben vor. Durch das positive Gewerbesteueraufkommen, kommt es hier zu einer deutlichen Verbesserung im Haushalt.							

davon die größten Abweichungen:

1.1	Grundsteuer A+B	-48.618.620	-48.592.280	-26.340	-0,1%			☹
1.2	Gewerbesteuer	-89.410.260	-110.898.133	21.487.873	24,0%	18,9 Mio. €	15.2	☺
1.3	Vergnügungssteuer	-4.920.000	-5.280.381	360.381	7,3%			☺
1.4	Wettbürosteuer	-130.000	-60.400	-69.600	-53,5%			☹
1.5	Familienleistungsausgleich	-7.414.843	-7.343.135	-71.708	-1,0%			☹
1.6	Leistungen wg. Wohngeldreform	0	-1.195.359	1.195.359	Nicht im Plan			☺
1.7	Einkommensteuer	-75.086.224	-74.709.210	-377.014	-0,5%			☹
1.8	Umsatzsteuer	-16.016.497	-15.907.510	-108.987	-0,7%			☹
1.9	Hundesteuer	-1.744.000	-1.759.435	15.435	0,9%			☺

Abweichungen nach Haushaltspositionen

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

1.1	Beide Grundsteuerarten (Grundsteuer A ca. 0,1 Mio. € + Grundsteuer B ca. 48,5 Mio. €) liegen im Plan. Die Abweichung ist geringfügig.
1.2	Die Gewerbesteuerveranlagung hat sich für 2017 sehr positiv entwickelt. Kumuliert mit den Gewerbesteuerveranlagungen für Vorjahre und bereinigt um den Fonds Deutsche Einheit und der Gewerbesteuerumlage ergibt sich eine Verbesserung von ca. 18,9 Mio. €. Hierin enthalten sind die Konsolidierungs-Maßnahmen 12_20.009 "Erhöhung der Gewerbesteuer" und 11_20.012 "Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes"
1.3	Erhöhtes Aufkommen aus Apparaten mit Gewinnmöglichkeit. Korrespondiert unter anderem mit der Konsolidierungs-Maßnahme 12_20.010.
1.4	Durch einen in einem Klageverfahren geschlossenen Vergleich und Schließungen von Wettbüros hat sich die Ertragssituation um 70 T€ verschlechtert.
1.5	Die Gemeinden und kreisfreien Städte erhalten außerhalb des Steuerverbundes eine Kompensationsleistung aus dem Umsatzsteueranteil der Länder zum Ausgleich der Mehrbelastung, die ihnen durch die Mitfinanzierung des Kindergeldes entsteht. Die Festsetzung der Kompensationsleistungen für das Jahr 2017 erfolgte mit Bescheid der BR Arnsberg vom 30.03.17.
1.6	Zum 01.01.2016 trat eine erneute Reform des Wohngeldgesetzes in Kraft. Eine Berücksichtigung der Leistungen wegen der Wohngeldreform war in der Haushaltsplanung 2015 für die Haushaltsjahre 2016/17 nicht möglich. Die Reform beinhaltet sowohl eine Erhöhung für bereits Wohngeld beziehende Haushalte, als auch eine Änderung der Bezugs-Bedingungen, so dass eine Vielzahl von Haushalten erstmals oder erneut wieder Wohngeld beziehen.
1.7	Der Planwert 2017 basiert auf der Einzahlungsprognose auf Landesebene aus den O-Daten 2017 in Höhe von 8,253 Mrd. €. Tatsächlich wurden nur 8,211 Mrd. eingezahlt. Das führt in Hagen zu einer Ergebnisverschlechterung von 377.000 €.
1.8	Der Planwert 2017 basiert auf der Einzahlungsprognose auf Landesebene aus den O-Daten 2017 in Höhe von 1,452 Mrd. €. Tatsächlich wurden nur 1,442 Mrd. eingezahlt. Das führt in Hagen zu einer Ergebnisverschlechterung von 109.000 €
1.9	Die Abweichung ist geringfügig

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
2) Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	-261.480.873	-246.966.394	-14.514.479	-5,6%			
<p>Die Ertragsposition "Zuwendungen und allg. Umlagen" beinhaltet die Schlüsselzuweisungen des Landes in Höhe von 150,5 Mio. €. Weitere 28,1 Mio. € wurden für die Konsolidierungshilfe nach dem Stärkungspaktgesetz angesetzt. Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke belaufen sich auf 70,1 Mio. € und die Auflösungen aus Sonderposten betragen ca. 12,8 Mio. €.</p> <p>In dieser Haushaltsposition ergeben sich neben den unten aufgeführten Sachverhalten auch erhebliche Abweichungen im Bereich Asyl (siehe Auflistung Asyl).</p>							

davon die größten Abweichungen:

2.1	Gewässerausbau	-849.321	-131.501	-717.820	-84,5%	628 T€	16.2	😊
2.2	Auflösung von Sonderposten	-11.779.639	-13.034.633	1.254.994	10,7%	216 T€	14.2+16.4	😞
2.3	VHS - Sprachkurse	-640.000	-1.151.491	511.491	79,9%	257 T€	11.6	😊

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:	
2.1	Da die Maßnahmen zum Gewässerausbau erst kurzfristig genehmigt worden sind, konnten bisher die Arbeiten noch nicht wie geplant gestartet werden. Z. Zt. werden erst die erforderlichen Gutachten erstellt. Hierdurch sind geplante Zuwendungen noch nicht generiert worden und auch die (höheren) korrespondierenden Aufwendungen sind noch nicht entstanden.
2.2	Die Auflösungen von Sonderposten korrespondieren mit den Abschreibungen auf Sachanlagen und den Wertveränderungen auf Sachanlagen.
2.3	Die Stadt Hagen konnte die geförderten Integrationskurse in der ehemaligen Cafeteria vom Rathaus I durchführen und musste dadurch keine Räumlichkeiten anmieten.

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
3) Sonstige Transfererträge	-8.057.242	-8.843.460	786.218	9,8%			

Unter „Sonstige Transfererträge“ sind überwiegend die Aufwendungs- und Kostenersätze für Leistungen der Sozialleistungsträger im Teilplan 3630 „Förderung junger Menschen“ (6 Mio. €) enthalten. Ca. 1.4 Mio. € sind dem Produktbereich 31 „Soziale Leistungen“ zugeordnet. U.a. beinhaltet die Position auch die Umlagezahlung vom VRR (0,5 Mio. €).

davon die größten Abweichungen:

Die Summe der Einzelabweichungen weicht von der Gesamtabweichung der Haushaltsposition ab. Korrespondierende Positionen, die sich insgesamt neutral verhalten, wurden zur besseren Übersicht nicht aufgeführt. Eine große Position bildet die Schuldendiensthilfe vom Land für das Projekt Gute Schule 2020 in Höhe von 895.971€ - dieser Position stehen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in der selben Höhe gegenüber.

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
4) Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-71.973.992	-77.171.514	5.197.522	7,2%			

Die Position "Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte" beinhaltet u.a. die Verwaltungsgebühren (6,7 Mio. €), die Benutzungsgebühren u. ähnliche Entgelte (62 Mio. €), sowie die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (3,4 Mio. €).

Abweichungen in dieser Haushaltsposition sind unten aufgeführt. Weitere ergeben sich ebenfalls im Bereich Asyl (+1,3 Mio. €) sowie Kindertageseinrichtungen (+0,9 Mio. €).

Korrespondierende Positionen, die sich insgesamt neutral verhalten, wurden zur besseren Übersicht nicht aufgeführt.

davon die größten Abweichungen:

4.1	Verwaltungsgebühren (Meldewesen, Gewerbeangelegenheiten, Zulassungsrecht)	-2.614.100	-3.300.857	686.757	26,3%			☺
4.2	Verwaltungsgebühren (Überwachung ruhender Verkehr)	-190.000	-320.526	130.526	68,7%	311 T€	7.3	☺
4.3	Rettungsdienstgebühren	-10.972.622	-12.193.044	1.220.422	11,1%	1,0%		☺
4.4	Benutzungsgebühren und ähnl. Entgelte (Parkgebühren)	-1.921.108	-1.516.567	-404.541	-21,1%			☹

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

4.1	Die Verbesserung setzt sich aus den Mehrerträgen im Bereich Meldewesen (ca. 207 T€), Gewerbeangelegenheiten (ca. 237 T€) und dem Zulassungswesen (ca. 243 T€) zusammen. Im Melde- und Zulassungswesen lag die Ursache vor allem an den hohen Besucherzahlen. In der Vergangenheit unterlag diese starken saisonalen Schwankungen, so dass nach den Sommerferien die Zahlen stark zurück gegangen sind. In 2017 ist dieser Effekt ausgeblieben. Zudem wurde die Gebühr für Melderegisteranfragen um 4€ pro Fall erhöht. Bei den Gewerbeangelegenheiten wurde der Glücksspielstaatsvertrag im Herbst 2017 umgesetzt. Danach musste jede der rd. 50 Hagener Spielhallen einmalig eine glücksspielrechtliche Erlaubnis beantragen (Einzelpreis zw. 3.000 - 5.000€).
4.2	Da fast durchgehend alle Stellen bei den Politessen besetzt waren und die Stellen beim städt. Ordnungsdienst ausgeweitet wurden, konnten die Erträge erhöht werden. Neben den Verwaltungsgebühren wurde auch bei den Buß- und Verwarngeldern, sowie Säumniszuschlägen ein höherer Ertrag erzielt.
4.3	Die Mehrerträge bei den Rettungsdienstgebühren entstehen durch die neue Gebührenordnung zum 04.06.2016 und gesteigerten Fallzahlen im Bereich des Rettungsdienstes.
4.4	Die Annahme, dass bei einer Anhebung der Parktarife um 50% von 1,00 auf 1,50 EUR pro Std. auch die Gesamteinnahmen um 50% steigen, hat sich nicht bestätigt. Diese Position ist in Verbindung mit der Konsolidierungs-Maßnahme 14_60.001 zu sehen.

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
5) Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.386.773	-5.163.920	777.147	17,7%			

Der Ansatz bei den "**Privatrechtlichen Leistungsentgelten**" umfasst Miet- und Pachterträge (3,3 Mio. €). Erträge aus Verkauf (0.5 Mio. €) und sonstige privatrechtl. Leistungsentgelte (0,7 Mio. €).

Die Abweichungen in dieser Haushaltsposition sind geringfügig und umfassen mehrere Sachverhalte. Hauptabweichungsgrund in dieser Finanzposition liegt bei den Mieterträgen und den Nebenkostenerstattungen, die sich allerdings mit gestiegenen Mietaufwendungen neutral verhalten.

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
6) Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	-58.995.757	-67.443.556	8.447.799	14,3%			

Der Haushaltsansatz bei der Position **„Kostenerstattungen und Kostenumlagen“** ist im Wesentlichen dem Produktbereich 31 Soziale Leistungen (50 Mio. €) zuzuordnen. U.a. für die Leistungsbeteiligung an der Grundsicherung (20,8 Mio. €) und der Leistungsbeteiligung für Unterkunft u. Heizung (19,3 Mio. €). Weitere Erstattungen ergeben sich u.a. im Produktbereich 36 „Kinder – und Jugendhilfe“ mit 1,9 Mio. € und im Produktbereich „Innere Verwaltung“ mit ca. 5,2 Mio. €. Die restlichen Kostenerstattungen und Kostenumlagen verteilen sich auf die anderen Produktbereiche.

Abweichungen in dieser Haushaltsposition sind unten aufgeführt. Weitere Abweichungen in diese HH-Position ergeben sich ebenfalls im Bereich KdU (+ 5,6 Mio. €) sowie Eingliederungshilfe (+0,7 Mio. €), Hilfe zur Pflege (-0,5 Mio. €) , Erziehungshilfen (+0,3 Mio. €) und Leistungen nach dem UVG (+0,6 Mio. €).

davon die größten Abweichungen:

6.1	Kommunaler Ausgleich Jobcenter	-3.600.000	-5.147.115	1.547.115	43,0%		11. 1	☺
6.2	Instandhaltung Gebäude verbundene Unternehmen	-15.000	-1.046.325	1.031.325	6875,5%		13.2	☹

Die Summe der Einzelabweichungen weicht von der Gesamtabweichung der Haushaltsposition ab. Korrespondierende Positionen, die sich insgesamt neutral verhalten, wurden zur besseren Übersicht nicht aufgeführt.

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:	
6.1	Gemäß der Gründungsbegleitenden Vereinbarung des Jobcenters ist eine paritätische Besetzung beider Träger vorgesehen. Zu Beginn 2017 lag der kommunale Personalanteil bei 20%. Um die Vereinbarung zu erfüllen, wurden 2017 alle Vakanzen im Jobcenter kommunal besetzt. Aktuell liegt der kommunale Personalanteil bei 40%. Die erhöhten Personalkosten wurden mit der ebenfalls erhöhten Erstattung kompensiert. Perspektivisch wird der kommunale Personalanteil weiter steigen, jedoch weniger signifikant als 2017.
6.2	Der Fachbereich Gebäudewirtschaft erbringt als Dienstleister alle Leistungen zur Planung, Bau, Instandhaltung, Instandsetzung und zum Betrieb der städtischen Gebäude. Dienstleistungen an Gebäuden bei verbundenen Unternehmen werden erstattet. Da in 2017 im Allgemeinen die Instandhaltungskosten gestiegen sind, hat sich auch der Betrag der erstattungsfähigen Aufwendungen erhöht. Hauptsächlich wurden in 2017 Leistungen für den HABIT (Einrichtung Rechenzentrum) ausgeführt. Den erhöhten Erstattungen stehen entsprechend auch höhere Aufwendungen gegenüber.

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
7) Sonstige ordentliche Erträge	-28.990.730	-39.865.880	10.875.150	37,5%			

Der Ansatz zur HH-Position "**Sonstige ordentliche Erträge**," beinhaltet u.a. 12,2 Mio. € Konzessionsabgaben, 11,7 Mio. € weitere sonstige ordentliche Erträge (u.a. Bußgelder, Verwargelder, Säumniszuschläge, Gewerbesteuer-Nachzahlungszinsen) und andere sonstige ordentliche Erträge (1,0 Mio. €) wie Bürgschaftsprovisionen und Schadensersatzleistungen. Weitere 2,1 Mio. € für die Auflösung v. Rückstellungen und Mehrerlöse aus der Veräußerung v. Grundstücken (0,5 Mio. €).

Abweichungen in dieser Haushaltsposition sind unten aufgeführt. Weitere Abweichungen in diese HH-Position ergeben sich ebenfalls im Bereich Asyl (+0,5 Mio. €) und Kindertageseinrichtungen (+0,5 Mio. €).

davon die größten Abweichungen:

7.1	Auflösung Wertberichtigung auf Forderungen	0	-4.001.365	4.001.365	nicht im Plan	2,6 Mio. €	16.1	☹
7.2	Gewerbesteuer-Nachzahlungszinsen	-1.400.000	-4.027.728	2.627.728	187,7%			☺
7.3	Überwachung ruhender Verkehr (Bußgelder, Verwargelder, Säumniszuschläge, Nebenforderungen)	-1.185.000	-1.365.700	180.700	15,2%	311 T€	4.2	☺
7.4	Überwachung fließender Verkehr (Bußgelder, Verwargelder, Säumniszuschläge, Nebenforderungen)	-6.979.000	-6.503.507	-475.493	-6,8%	268 T€	13.1	☹
7.5	Auflösung Personalsrückstellungen	0	-2.354.929	2.354.929	nicht im Plan	2,3 Mio. €	11.3	☹
7.6	Auflösung Versorgungsrückstellungen	-1.500.000	-3.309.963	1.809.963	120,7%	2,2 Mio. €	12.2	☹
7.7	Überstunden/Urlaub (Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen)	-600.000	0	-600.000	-100,0%			☹
7.8	Auflösung Instandhaltungsrückstellung	-1.500.000	0	-1.500.000	-100,0%			☹

Die Summe der Einzelabweichungen weicht von der Gesamtabweichung der Haushaltsposition ab. Korrespondierende Positionen, die sich insgesamt neutral verhalten, wurden zur besseren Übersicht nicht aufgeführt.

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

7.1	Die Auflösung der Wertberichtigung auf Forderungen ist nur schwer planbar. Die Auflösung der Wertberichtigungen auf Forderungen korrespondiert mit den Aufwendungen aus der Wertberichtigung auf Forderungen. Im Saldo führt dies zu einem Mehraufwand. Eine Wertberichtigung auf Forderungen wird vorgenommen, wenn sich der Forderungswert verändert, da die Forderung droht teilweise oder ganz auszufallen.
7.2	Durch unerwartet hohe Nachveranlagungen für Vorjahre hat sich der Ertrag fast verdreifacht.
7.3	Da fast durchgehend alle Stellen bei den Politessen besetzt waren und die Stellen beim städt. Ordnungsdienst ausgeweitet wurden, konnten die Erträge erhöht werden. Neben den Verwaltungsgebühren wurde auch bei den Buß- und Verwargeldern, sowie Säumniszuschlägen ein höherer Ertrag erzielt.
7.4	Im März 2017 wurde die Verkehrsführung an der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage an der BAB A45 geändert, dadurch sind die Fallzahlen stark gesunken. Da an einigen anderen Standorten die Fallzahlen über der Erwartung lagen und die Überwachung aller Autobahnen im Regierungsbezirk Arnsberg durch die Autobahnpolizei Dortmund seit Sommer 2017 intensiviert wurde, wurde der Negativeffekt durch die BAB A45 deutlich abgefedert. Neben den geringeren Erträgen sind auch korrespondierend die Aufwendungen gesunken.
7.5	Den Auflösungen der Personalrückstellungen stehen erhöhte Personalaufwendungen für die Zuführung zu Personalrückstellungen entgegen.
7.6	Die Auflösung von Versorgungsrückstellungen korrespondiert mit erhöhten Aufwendungen bei der Zuführung von Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger.
7.7	In 2017 konnten keine Rückstellungen für Überstunden/Urlaub aufgelöst werden - auf die Maßnahme 13_11.001 wird verwiesen.
7.8	Infolge der schwierigen Auftragslage im Hochbau aufgrund der Umsetzung diverser Förderprogramme (KInvFG, Gute Schule 2020) kann voraussichtlich erst 2018 eine genaue Aussage zur Durchführung der Maßnahmen gemacht werden. Daher werden die Rückstellungen in 2017 noch nicht ertragswirksam aufgelöst.

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
8) Aktivierte Eigenleistung	-35.600	-193.618	158.018	443,9%				

davon die größten Abweichungen:

8.1	Aktivierte Eigenleistungen	-35.600	-193.618	158.018	443,9%	Verbesserung			😊
-----	----------------------------	---------	----------	---------	--------	--------------	--	--	---

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

8.1	Im Jahr 2017 wurden in einem wesentlich größeren Ausmaß Arbeitsstunden für investive Maßnahmen geleistet als dies im Rahmen der HH-Planung für den Doppelhaushalt 2016/2017 veranschlagt wurde. Zu den größten Maßnahmen zählen die Martin-Luther-Kirche, das Feuerwehrgerätehaus Garenfeld/Neubau Berchum, die KITA Volmeaue und die Erneuerung der Rathausfassade.
-----	--

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
11) Personalaufwendungen	134.857.040	142.907.904	-8.050.864	-6,0%			

davon die größten Abweichungen:

11.1	Dienstaufwendungen	101.351.263	103.198.671	-1.847.407	-1,8%	3,0 Mio. €	6.1	☹
11.2	Beiträge zur Versorgungskasse und zur gesetzl. Sozialversicherung	18.605.592	21.174.391	-2.568.799	-13,8%			☹
11.3	Pensionsrückstellungen für Beschäftigte	10.119.255	14.736.427	-4.617.172	-45,6%	2,3 Mio. €	7.5	☹
11.4	Beihilfen, Unterstützungsleistungen f. Beschäftigte	2.073.000	1.538.639	534.361	25,8%			☺
11.5	Beihilferückstellungen für Beschäftigte	1.544.198	793.433	750.765	48,6%			☺
11.6	Honorare	1.158.332	1.464.321	-305.990	-26,4%	51 T€	2.3	☹

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

11.1 + 11.2	<p>1.) Die Abweichung resultiert aus externen Neueinstellungen. Ein Teil davon durch die Aufstockung des städtischen Personals im Jobcenter (ca. 1,4 Mio. €), der z.T. refinanziert ist. Weitere Stellenausweitungen resultieren aus verschiedenen Förderprogrammen, wie Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KP III und KP IV), "Gute Schule 2020", Projekt "Lotsen im Alltag", Bundesförderprogramm "Sprach-Kitas", Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte, Förderung "Breitbandkoordination" durch das Wirtschaftsministerium NRW, Koordinierungsstelle Problemimmobilien.</p> <p>Die neue Entgeltordnung zum Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD-VKA) ist zum 01.01.2017 in Kraft getreten. Die Anwendung der neuen Eingruppierungsvorschriften ergibt für bestimmte Fälle eine höhere Entgeltgruppe als bisher.</p> <p>Die Besoldungserhöhung von 2 % ab dem 01.04.2017 führt zu einem Mehraufwand von ca. 0,2 Mio. €. Die Brandmeisteranwärter erhalten ab dem 01.04.2017 einen Sonderzuschlag in Höhe von 90 % des Anwärtergrundbetrags, der einen Mehraufwand von ca. 0,075 Mio. € verursacht.</p> <p>2.) Das Ziel der HSP-Maßnahme 13_11.001 Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel konnte in 2017 nicht erreicht werden. Insofern ist die Maßnahme als wegbrechend zu beurteilen. Durch die betriebsbedingte Schließung zum Jahreswechsel sollte eine Reduzierung der Rückstellung und somit eine Minderung des Aufwands erreicht werden.</p> <p>Der Schnitt der nicht genommenen Urlaubstage liegt je Beschäftigtem bei dem Wert der vergangenen Jahre. Allerdings ist eine leicht steigende Tendenz (2016: 8,99 Tage, 2017: 9,33 Tage) erkennbar. Außerdem sind 2017 mehr Beschäftigte einbezogen worden. Bei Neueinstellungen darf in aller Regel während der Probezeit für 6 Monate kein Urlaub genommen werden, gleichwohl bestehen aber anteilige Urlaubsansprüche. Gegenüber dem Vorjahr ist somit insgesamt ein Anstieg des Gesamturlaubsüberhangs zu verzeichnen.</p>
11.3	Die Zuführung zur Pensionsrückstellung Beschäftigte korrespondiert mit der ertragswirksamen Auflösung aus Rückstellung Besoldung. Die Besoldungserhöhung von 2 % ab dem 01.04.2017, sowie eine hohe Anzahl an Zuruhesetzungen führt insgesamt zu einer Steigerung der Rückstellung.
11.4	Es kommt bei Betrachtung der Beihilfe zu einer Ergebnisverbesserung von rund 534 T €.
11.5	Die Beihilferückstellung ist zum Jahresabschluss 2017 umgestellt und von den Pensionsrückstellungen entkoppelt worden. Der Anteil der Beihilferückstellungen, welcher über die Jahresabschlüsse 2008 bis 2016 ergebniswirksam gebildet wurde, wird im Jahresabschluss 2017 ergebniswirksam für die Vergangenheit korrigiert.
11.6	Die Honorare sind gesamtstädtisch gestiegen. Die Steigerung erfolgte vor allem in dem Bereich der VHS, da hier zusätzliches Personal für die Sprachkurse für Flüchtlinge eingestellt wurde. Diese Kosten korrespondieren mit entsprechenden Erträgen.

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
12) Versorgungsaufwendungen	14.073.417	21.364.009	-7.290.592	51,8%			

davon die größten Abweichungen:

12.1	Versorgungsaufwendungen	11.968.627	14.112.103	-2.143.476	-17,9%			☹
12.2	Pensionsrückstellungen	0	3.981.608	-3.981.608	nicht im Plan	2,2 Mio. €	7.6	☹
12.3	Beihilfen	2.104.790	20.298	2.084.492	99,0%			☺
	Beihilferückstellung	0	3.250.000	-3.250.000	nicht im Plan			☹

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

12.1	Die Versorgungsaufwendungen für Beamte sind insgesamt um ca. 2,15 Mio. € angestiegen. Die Anzahl der Versorgungsempfänger ist aufgrund von vorzeitigen Versorgungsfällen angestiegen. Die Versorgungslastenteilung wurde durch das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.06.2016 von laufender Erstattung auf eine Abfindung umgestellt. Es erfolgt somit ab 01.07.2016 bei einem Dienstherrnwechsel innerhalb von NRW im gegenseitigen Einvernehmen eine Abfindungszahlung im Sinne der §§ 94 LBeamtVG ff.
12.2	Die Zuführung zur Pensionsrückstellung Versorgungsempfänger korrespondiert mit der ertragswirksamen Auflösung aus Rückstellung Versorgung i.H.v. 3.162.958 € Die Besoldungserhöhung von 2 % ab dem 01.04.2017, sowie eine hohe Anzahl an Zuruhesetzungen führt insgesamt zu einer Steigerung der Rückstellung.
12.3	Die Beihilferückstellung für Versorgungsempfänger ist analog der Beihilferückstellung für aktive Beschäftigte umgestellt worden. Die Zuführung zur Beihilferückstellung i.H.v. 3,25 Mio. € berechnet sich aus dem prognostizierten Beihilfeaufwand für Versorgungsempfänger für das Folgejahr, inkl. einem gerundeten Aufschlag von 10 %. Die aufwandsmindernde Inanspruchnahme der Beihilferückstellungen i.H.v. 3,01 Mio. € entspricht jeweils der laufenden Beihilfe für Versorgungsempfänger. Die 20.298 Euro setzen sich aus der verbleibenden Differenz aus der Rückstellungsanspruchnahme und den Beihilfekosten zusammen.

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
13) Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	115.477.071	124.276.673	-8.799.601	-7,1%			
<p>Der HH-Ansatz in der Position "Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen" in Höhe von 115,5 Mio. € beinhaltet u.a. 13,1 Mio. für Instandhaltung der Grundstücke, bauliche Anlagen und des Infrastrukturvermögens. Weitere 51,3 Mio. € entfallen auf die Erstattung von Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit. Ca. 37,8 Mio. € wurden für die Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen und des Infrastrukturvermögens angesetzt. Weitere 1,5 Mio. € beinhalten die Unterhaltung des beweglichen Vermögens. Ca. 6,4 Mio. Abweichungen in dieser Haushaltsposition sind unten aufgeführt. Weitere Abweichungen in dieser HH-Position ergeben sich ebenfalls im Bereich Asyl (-1,7 Mio. €), Erziehungshilfen (-2,1 Mio. €), UVG (+0,15 Mio. €). Korrespondierende Positionen, die sich insgesamt neutral verhalten, wurden zur besseren Übersicht nicht aufgeführt - hierzu zählen die Aufwendungen aus der Bauunterhaltung für das Projekt gute Schule 2020 in Höhe von 895.971€.</p>							

davon die größten Abweichungen:

13.1	Überwachung fließender Verkehr	351.000	143.840	207.160	59,0%	268 T€	7.4	☹
13.2	Instandhaltung Gebäude	13.284.132	15.869.772	-2.585.640	-19,5%	1,9 Mio. €	6.2	☹
13.3	Kommunaler Finanzausgleich Jobcenter (Sachaufwand)	3.150.000	3.445.438	-295.438	-8,6%			☹
13.4	Rückstellung Instandhaltung (Straßen)	0	4.046.674	-4.046.674	nicht im Plan			☹
13.5	Rückstellung Instandhaltung (Hohenhof)	0	346.329	-346.329	nicht im Plan			☹

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

13.1	Im März 2017 wurde die Verkehrsführung an der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage an der BAB A45 geändert, dadurch sind die Fallzahlen stark gesunken. Da an einigen anderen Standorten die Fallzahlen über der Erwartung lagen und die Überwachung aller Autobahnen im Regierungsbezirk Arnsberg durch die Autobahnpolizei Dortmund seit Sommer 2017 intensiviert wurde, wurde der Negativeffekt durch die BAB A45 deutlich abgefedert. Neben den geringeren Aufwendungen sind auch korrespondierend die Erträge gesunken.
13.2	Die Instandhaltungen für Gebäude haben sich gegenüber dem Ansatz um ca. 2,6 Mio. € erhöht. Die Einrichtung des Rechenzentrums für den HABIT betrug ca. 685 T€ Mehraufwand, der Rückbau der Flüchtlingsunterkunft Spielbrink hat ca. 100 T€ gekostet, die Anpassung der Konsolidierungs-Maßnahmen des SZS und Schulschließungen betrugen ca. 108 T€, aufgrund des Beweissicherungsverfahrens der Klimaanlage des Museums sind ca. 276 T€ Mehraufwand entstanden. Aufgrund der Einrichtung von Wachdiensten für eine Flüchtlingsunterkunft und für die Zulassungsstelle Hohenlimburg sowie erhebliche Tarifsteigerungen in diesem Bereich sind Kosten in Höhe von ca. 183 T€ entstanden. Zudem zeichnet sich eine Kostensteigerung aufgrund der hohen Auftragslage durch die diversen Förderprogramme ab - dies wirkt sich auf sehr viele Einzelmaßnahmen aus. Die gesteigerten Instandhaltungskosten korrespondieren teilweise mit Erstattungen von verbundenen Unternehmen (vor allem HABIT).
13.3	Der kommunale Finanzausgleich mit dem Jobcenter ist abhängig von dem gesamten Sachaufwand des Jobcenters.
13.4	Für Straßen wurde eine Instandhaltungsrückstellung in Höhe von ca. 4 Mio. € gebildet, die in den nächsten vier Jahren verwendet werden muss.
13.5	Für unterlassene Instandhaltungen an dem Gebäude für den Hohenhof wurde eine Rückstellung in Höhe von 346 T€ gebildet.

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
14) Bilanzielle Abschreibungen	44.139.500	46.351.752	-2.212.252	-4,8%			

davon die größten Abweichungen:

14.1	Abschreibungen auf Forderungen	0	2.642.747	-2.642.747	nicht im Plan			☹
14.2	Abschreibungen auf Sachanlagen	44.139.500	43.709.005	430.495	1,0%	216 T€	2.2+16.4	☹

Die Summe der Einzelabweichungen weicht von der Gesamtabweichung der Haushaltsposition ab. Korrespondierende Positionen, die sich insgesamt neutral verhalten, wurden zur besseren Übersicht nicht aufgeführt.

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:	
14.1	Die Abschreibungen auf Forderungen sind schwer planbar. Bei Abschreibungen auf Forderungen handelt es sich um Niederschlagungen und Erlassen von bestehenden Forderungen.
14.2	Die Abschreibungen auf Sachanlagen korrespondieren mit den Auflösungen von Sonderposten und den Wertveränderungen auf Sachanlagen.

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
15) Transferaufwendungen	261.534.890	254.464.005	7.070.884	2,7%			
<p>Die Transferaufwendungen in Höhe von 261,5 Mio. € sind die größte Position auf der Aufwandsseite. Einen besonders hohen Anteil haben die Transferaufwendungen im Produktbereich "31 Soziale Leistungen" (70,2 Mio. €) und "36 Kinder- und Jugend- und Familienhilfe" (74,3 Mio. €). Im Produktbereich "21 Schulträgeraufgaben" sind unter dieser Position ca. 5,8 Mio. € für die Weiterleitung der Landeszuweisung an Träger des Ganztagsbetriebs aufgeführt. Unter Transferaufwendungen sind u.a. auch die Gewerbesteuerumlage (6 Mio. €), die Finanzierungsbeitrag an den Fonds Deutsche Einheit (5,9 Mio. €), die allgemeine Umlage an den Landschaftsverband (56,8 Mio. €), sowie die Umlagezahlung an den RVR (2,2 Mio. €) aufgeführt. Weitere 36,2 Mio. € fallen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen an. Unter anderem HVG (20,9 Mio. €), Verkehrsverbund Rhein Ruhr (0,5 Mio. €) und Theater (14,6 Mio. €). Die restlichen Transferaufwendungen verteilen sich auf die anderen Produktbereiche.</p> <p>Abweichungen in dieser Haushaltsposition sind unten aufgeführt. Weitere Abweichungen in diese HH-Position ergeben sich ebenfalls im Bereich Asyl (+9,2 Mio. €), Förderung Träger der Wohlfahrtsflege (+0,7 Mio. €), Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (-0,2 Mio. €), Hilfe zur Pflege (+2,2 Mio. €), Kindertageseinrichtungen (-2,5 Mio. €), Erziehungshilfen (+0,9 Mio. €), UVG (-1,1 Mio. €). Korrespondierende Positionen, die sich insgesamt neutral verhalten, wurden zur besseren Übersicht nicht aufgeführt.</p>							

davon die größten Abweichungen:

15.1	Landschaftsumlage	56.745.609	56.096.825	648.784	1,1%			😊
15.2	Gewerbesteuerumlage und Fonds Deutsche Einheit	11.864.053	14.432.636	-2.568.583	-21,7%	18,9 Mio.€	1.2	😊
15.3	Zuschuss Theater	14.702.629	15.203.388	-500.759	-3,4%			😞
15.4	Krankenhausumlage	2.292.250	3.308.624	-1.016.374	-44,3%			😞

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

15.1	Die Planung erfolgte unter der Prämisse eines Hebesatzes von 17,6%. Der Hebesatz wurde tatsächlich jedoch auf lediglich 17,4% festgesetzt.
15.2	Die Planwerte 2017 basieren auf einer niedrigeren GewSt-Erwartung. Die Gewerbesteuerumlage und der Fonds Deutsche Einheit korrespondieren mit der Höhe der Gewerbesteuer und erhöhen sich analog.
15.3	Der Zuschuss an die Theater gGmbH ist höher ausgefallen als geplant. Im Planansatz 2017 des Doppelhaushalts 2016/17 ist die Tarifierhöhung 2016 nicht berücksichtigt. Auch die Tarifierhöhung 2017, die zum 01.03.2017 gegriffen hat, fließt mit 188.902,64 € in das Ergebnis 2017 ein. Des Weiteren sind 40.597,47 € Kosten für Instandhaltung angefallen, die überplanmäßig verbraucht wurden. Es ergibt sich insgesamt ein nicht gedeckter Betrag i.H.v. 500.760 €, der überplanmäßig bereitzustellen ist.
15.4	Die Krankenhausumlage wurde erhöht - dies bedeutet Mehrbelastungen für die Kommunen in NRW in Höhe von ca. 100 Millionen Euro. Der Anteil den Hagen an diesem Betrag hat beträgt ca. 1 Mio. €.

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
16) Sonstige ordentliche Aufwendungen	92.145.602	110.062.293	-17.916.690	-16,3%			

Die Position "**Sonstige ordentliche Aufwendungen**" beinhaltet überwiegend die Leistungsbeteiligung für Heizung/Unterkunft f. Arbeitssuchende mit einem Planwert in Höhe von insgesamt 53,5 Mio. €. Weitere Ansätze ergeben sich für einmalige Leistungen (ca. 1,2 Mio. €) für Arbeitssuchende und Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (ca. 1,7 Mio. €). Die sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen in Höhe von 1,2 Mio. € beinhalten u.a. Aus - und Fortbildung, Reisekosten und Dienstschutzkleidung. Für die Aufwendungen f. die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten sind ca. 11,8 Mio. € angesetzt worden. (Es fallen u.a. hier Mietaufwendungen, Prüfungen, Beratungen, Bankgebühren, etc. an). Für Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Druckkosten, Porto, IT-Netzbereitstellung, IT-Gebühren, IT-Betreuung, etc.) wurden ca. 16,2 Mio. € angesetzt. Für Steuern, Versicherungen und Schadensfälle sind weitere 4,7 Mio. € geplant. Die Fraktionszuwendungen (1 Mio. €) und die Gewerbesteuererstattungszinsen (0,4 Mio. €) werden ebenfalls unter dieser Position angesetzt.

Abweichungen in dieser Haushaltsposition sind unten aufgeführt. Weitere Abweichungen in diese HH-Position ergeben sich ebenfalls im Bereich Asyl (-1,8 Mio. € Mietaufwendungen) und KdU (-5,6 Mio. €). Korrespondierende Positionen, die sich insgesamt neutral verhalten, wurden zur besseren Übersicht nicht aufgeführt - hierzu zählen erhöhte Mietaufwendungen, die mit höheren Mieterträgen korrespondieren.

davon die größten Abweichungen:

16.1	Wertberichtigungen auf Forderungen	0	6.623.676	-6.623.676	nicht im Plan	2,6 Mio. €	7.1	☹
16.2	Gewässerausbau	1.780.000	434.495	1.345.505	75,6%	628 T€	2.1	☺
16.3	Sparkassenausschüttung (Steuern)	949.950	0	949.950	100,0%			☺
16.4	Wertveränderungen Sachanlagen	0	1.886.907	-1.886.907	nicht im Plan	216 T€	2.2+14.2	☹
16.5	HABIT	1.804.531	1.378.871	425.660	23,6%			☺

Die Summe der Einzelabweichungen weicht von der Gesamtabweichung der Haushaltsposition ab. Korrespondierende Positionen, die sich insgesamt neutral verhalten, wurden zur besseren Übersicht nicht aufgeführt.

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

16.1	Die Wertberichtigungen auf Forderungen sind nicht planbar. Die Aufwendungen aus der Wertberichtigung auf Forderungen korrespondiert mit der Auflösung der Wertberichtigungen auf Forderungen. Im Saldo führt dies zu einem Mehraufwand.
16.2	Da die Maßnahmen zum Gewässerausbau erst kurzfristig genehmigt worden sind, konnten diese bisher noch nicht starten. Z. Zt. werden erst die erforderlichen Gutachten erstellt. Die entsprechenden Erträge wurden demzufolge nicht abgerufen. Hierdurch sind geplante Aufwendungen noch nicht entstanden und auch die (geringeren) korrespondierenden Zuwendungen wurden noch nicht generiert.
16.3	Die Systematik der Steuerzahlung für die Sparkassenausschüttung wurde für 2017 geändert. Es sollen nur Ertrag und Aufwand des laufenden Jahres gebucht und geplant werden. Eine Zuführung zu der Rückstellung entfällt ab 2017. Das bedeutet, dass in 2017 dem Ertrag kein Aufwand entgegensteht, wodurch es in diesem Jahr zu einem Einmaleffekt (Ergebnisverbesserung in Höhe von rd. 950 T€) kommt.
16.4	Die Wertveränderungen auf Sachanlagen korrespondieren mit den Abschreibungen auf Sachanlagen und den Auflösungen von Sonderposten. Die Wertveränderungen von Sachanlagen ergeben sich fast ausschließlich durch die bilanzielle Verschrottung der Rampe beim Arbeitsamt in Höhe von ca. 1,6 Mio. €.
16.5	Der HABIT hat sein Budget nicht komplett ausgereizt - dies bedeutet eine Ergebnisverbesserung in Höhe von ca. 426 T€.

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
19) Finanzerträge	-11.420.160	-11.333.377	-86.783	-0,8%			

Finanzerträge Dieser Ansatz beinhaltet die voraussichtliche Gewinnausschüttung von verbundenen Unternehmen in Höhe von 11 Mio. € (davon Sparkasse 6 Mio. €), sowie 0,4 Mio. € im Teilplan 6120 für Zinserträge (Investitionskredit)

davon die größten Abweichungen:

19.1	Kreditweitergabe an WBH	-408.960	-176.054	-232.906	-57,0%			☹
19.2	Verschmelzungsgewinn GWH	0	-104.450	104.450	nicht im Plan			☺

Die Summe der Einzelabweichungen weicht von der Gesamtabweichung der Haushaltsposition ab. Korrespondierende Positionen, die sich insgesamt neutral verhalten, wurden zur besseren Übersicht nicht aufgeführt.

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:	
19.1	Die Abweichung ergibt sich aus der nicht realisierten Kreditweitergabe an die WBH. Abgedeckt wurde dieser negative Effekt etwas durch die Vereinnahmung von Negativzinsen bei der Kreditaufnahme.
19.2	Durch die Verschmelzung mit der GWH sind in 2017 Erträge in Höhe von ca. 104 T€ entstanden. Es wird auf die Konsolidierungsmaßnahme 16_GWH.004 verwiesen.

Haushaltsposition:	Plan 2017	IST 2017	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Haushalts- auswirkung
20) Finanzaufwendungen	24.650.000	20.796.132	3.853.868	15,6%			

davon die größten Abweichungen:

20.1	Zinsen	24.650.000	20.792.297	3.857.703	15,6%			😊
------	--------	------------	------------	-----------	-------	--	--	---

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:	
20.1	Da auch in 2017 die Europäische Zentralbank weiter an dem niedrigen Zinsniveau festgehalten hat, sind die Kreditzinsen mit ca. 3,9 Mio. € deutlich unter der Planung geblieben.

Anhang 1 – Übersicht der Erträge und Aufwendungen in dem Bereich Asyl

Im Bereich Asyl kommt es im Vergleich zum Plan zu ca. 8,3 Mio. € Verschlechterung. Die Verschlechterung hängt überwiegend mit der Änderung des Abrechnungsverfahrens zusammen.

In der unten abgebildeten Tabelle werden die größten Plan-IST Abweichungen (ohne Personalaufwendungen und Sekundärkosten) dargestellt.

Asyl die größten Abweichungen	Plan 2017	IST 2017	Abw.	HH Pos.
----------------------------------	-----------	-------------	------	---------

Erträge:

Asyl 1)	Zuweisungen vom Land	-22.015.670	-6.109.967	-15.905.703	2.) Zuwendungen u. allg.Umlagen
Asyl 2)	Benutzungsgebühren u. ähnl. Entgelte (Unterbringung/ Betreuung Asylbewerber)	-852.000	-2.148.458	1.296.458	4.) Öffentlich-rechtl. Leistungsentgelte
Asyl 3)	Erstattung Krankenkassen Asyl	0	-516.165	516.165	7.) Sonstige ordentliche Erträge
		-22.867.670	-8.774.590	-14.093.080	

Aufwendungen:

Asyl 4)	Hilfe zum Lebensunterhalt Asyl, Krankenhilfe, Bestattungskosten, etc.	16.262.218	7.030.992	9.231.226	15.) Transfer-aufwendungen
Asyl 5)	Krankenkassenkosten Hilfeempfänger	210.000	1.504.480	-1.294.480	13.) Aufwendungen f. Sach- und DL
Asyl 6)	Flüchtlingsunterkünfte (sonstige Dienstleistungen)	2.265	250.000	-247.735	13.) Aufwendungen f. Sach- und DL
Asyl 7)	Mietaufwendungen (Asylbewerber)	1.221.000	2.994.437	-1.773.437	16.) Sonstige ordentliche Aufwendungen
Asyl 8)	Energiekosten (Flüchtlingswohnungen)	350.000	529.256	-179.256	13.) Aufwendungen f. Sach- und DL
		18.045.483	12.309.165	5.736.318	

Abweichung: **-8.356.762**

Asyl 1)	Die nordrhein-westfälischen Kommunen erhalten für die Aufnahme und Versorgung für die ihnen zugewiesenen Geflüchteten Mittel vom Land über das Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) . Die Plandaten stammen aus Mitte 2015 im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushaltes. Zum 01.01.2017 wurde vom Land ein neues Abrechnungsverfahren eingeführt. Die Abrechnungen erfolgen nicht mehr nach Verteilungsschlüssel, sondern monats- und personengenau. Insgesamt werden nach dem neuen Verfahren für eine geringere Anzahl an Personen Erstattungen bezahlt. Hinzu kommt, dass für geduldete Flüchtlinge keine Erstattung erfolgt. Die Landeserstattung erfolgt auf gesetzlicher Grundlage für alle sich im Asylverfahren befindlichen Personen und für Personen, deren Asylverfahren negativ abgeschlossen worden ist (hier jedoch nur für die ersten 3 Monate nach Abschluss des Verfahrens). Hier handelt es sich nur um Personen, die erstattungsfähig waren/sind. Die Gesamtzahl derer, die Leistungen nach dem AsylbLG erhalten ist deutlich höher.
Asyl 2)	Folgende Kosten werden u.a. über die Benutzungsgebühren abgedeckt: Energiekosten, Sonstige Verwaltungs- u. Betriebsaufwendungen, Sonstige Dienstleistungsaufwendungen, Mietaufwendungen. Die Benutzungsgebühren decken im Sinne der Vorschriften des KAG NW 100% der anfallenden Kosten ab. Dies naturgemäß nur für die belegten Plätze.
Asyl 3)	Die Erstattungen der Krankenkassen resultieren aus dem Ausgleich der städtischen Pauschalen für Krankenhilfe (Fallbezogen) mit den Spitzabrechnungen der Krankenkassen. Die Krankenkassen leisten analog der gesetzlichen Krankenversicherung und erstatten bei Überzahlung der Abschläge.
Asyl 4)	Grundlage für die Leistungsgewährung ist hier das AsylbG. Die Leistungsgewährung erhalten auch Personen, bei denen das Verfahren noch nicht abgeschlossen worden ist, oder Personen, die bereits abgelehnt bzw. geduldet sind. Die Fallzahl lautet: 1074 Personen (736 Fälle) zum 01.01.2018
Asyl 5)	Die Zahlungen an Krankenkassen betrifft zurückliegende Quartale.
Asyl 6)	Darunter fallen Aufwendungen für Sach- und Personalkosten für die Ausstattung von Asylwohnungen, Schädlingsbekämpfung, Transportkosten für Fahrten neu eintreffender Asylbewerber, Sperrgut- und Sonderentsorgung für Übergangsheime, kleinere Reparaturen u.ä.m. in den Übergangsheimen .
Asyl 7)	Zum 01.01.2018 waren 442 Wohnungen mit 1.414 Plätzen im Bestand. Daneben sind 5 Gemeinschaftsunterkünfte mit 588 Plätzen angemietet. Der Fachbereich 55 ist bemüht, diesen Bestand den jeweiligen Bedarfen anzupassen.
Asyl 8)	Die Energiekosten fielen für oben genannte Plätze an. Die Abrechnung der Energiekosten richtet sich nach den Vorschriften des BGB. Die Stadt übernimmt die Kosten nach Verbrauch. Energiekosten fallen für alle Plätze an, da auch für nicht belegte Unterkünfte weiterhin die Abschläge an den Energieversorger gezahlt werden müssen.

Anhang 2 – Übersicht der Erträge und Aufwendungen in dem Bereich Soziales und Kinder- und Jugendhilfe

Soziales Kinder u. Jugendhilfe die <u>größten</u> Abweichungen	Plan 2017	IST 2017	Abw.	HH Pos.
---	-----------	-------------	------	---------

KdU

Erträge	Bundesbeteiligung KdU und Bildung	-20.175.025	-25.791.240	5.616.215	6.) Kostenerstattungen
Aufwendungen	Leistungsbeteiligung KdU und einmalige Leistungen	54.681.500	60.272.972	-5.591.472	16.) Sonstige ordentliche Aufwendungen
Abweichung				<u>24.743</u>	😊

Es handelt sich um die Bundesbeteiligung für die Kosten der Unterkunft und für die Bildungs- und Teilhabeleistungen. Der Anstieg der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten führt zu einer höheren Erstattung vom Bund. Eine Nachzahlung von Leistungen für Flüchtlinge (der Bund erstattet die Leistungen zu 100%) hat den negativen Effekt abgefedert und führt insgesamt sogar zu einer leichten Verbesserung gegenüber dem Haushaltsansatz.

Förderung Träger der Wohlfahrtsflege

Aufwendungen	Pflegewohngeld	8.200.000	7.919.690	280.310	15.) Transferaufwendungen
Aufwendungen	Förderung v. Einrichtungen	9.920.000	9.468.355	451.645	15.) Transferaufwendungen
Abweichung				<u>731.955</u>	😊

Im Bereich der Förderung der Träger (Wohlfahrtspflege) kommt es insbesondere auf der Aufwandsseite zu geringeren Aufwendungen als ursprünglich geplant

Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung

Erträge	Eingliederungshilfe	13.000-	783.953-	770.953	6.) Kostenerstattungen
Aufwendungen	Eingliederungshilfe	3.243.000	3.483.808	-240.808	15.) Transferaufwendungen

530.145



Zu den nennenswerten Positionen gehören Erstattungen für die in Pflegefamilien lebenden behinderten Kinder, die in den Verantwortungsbereich des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe fallen.

Hilfe zur Pflege

Erträge	Leistungen für Pflegebedürftige	1.787.170-	1.261.143-	-526.027	6.) Kostenerstattungen
Aufwendungen	Leistungen für Pflegebedürftige	8.752.670	6.520.509	2.232.161	15.) Transferaufwendungen

1.706.134



Im Rahmen des Pflegestärkungsgesetzes III erfolgt eine Neuordnung aus den vier bisherigen Pflegestufen in fünf Pflegegrade. Die positive Abweichung resultiert aus Erstattungen für die neue Pflegestufenregelung und der Neuordnung.

Kindertageseinrichtungen

Erträge	Zuweisungen	24.488.905-	26.023.665-	1.534.760	2.) Zuwendungen u. all. Umlagen
Erträge	Elternbeiträge für die Tagespflege		459.627-	459.627	3.) Sonstige Transfererträge
Erträge	Elternbeiträge für Kita-Plätze	4.565.541-	5.444.800-	879.259	4.) Öffentlich-Rechtl. Leistungsentgelte
Erträge	Weitere sonstige Erträge		533.291-	533.291	7.) Sonstige ordentliche Erträge
Aufwendungen	Zuschüsse an andere Bereiche und sonstige Hilfen außerhalb v. Einrichtungen	38.868.185	41.390.818	-2.522.633	15.) Transferaufwendungen

Abweichung

884.304



Die Planung der Elternbeiträge für KiTa-Plätze und die Tagespflege erfolgte in einer Summe (siehe Haushaltsposition "Öffentlich-Rechtl. Leistungsentgelte"). Aufgrund von Einkommensveränderungen der Beitragspflichtigen, kommt es zu einer Verbesserung im Vergleich zum HH-Ansatz. Unter weitere Sonstige Erträge handelt es sich um Rückforderungen aus Vorjahren.

Erziehungshilfen:

Erträge	Kostenbeiträge und Leistungen von Sozialleistungsträgern	6.145.000-	5.532.019-	-612.981	3.) Sonstige Transfererträge
Erträge	Erstattungen von anderen Gemeinden (Pflegefamilien)	1.185.000-	1.530.210-	345.210	6.) Kostenerstattungen
Aufwendungen	Erstattungen an andere Gemeinden (Pflegefamilien)	1.972.200	4.065.940	-2.093.740	13.) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Aufwendungen	Transferaufwendungen (Erziehungshilfen)	31.752.500	30.855.089	897.411	15.) Transferaufwendungen

Abweichung -1.464.099



Die Verschlechterung ist überwiegend mit Kostenersattungen für Pflegefamilien außerhalb Hagens zu begründen.

Leistungen nach dem UVG

Erträge	Privatrechtliche Forderung (Unterhalt) 421200	541.117-	149.144-	-391.973	3.) Sonstige Transfererträge
Erträge	Erstattungen vom Land	1.320.676-	1.900.293-	579.617	6.) Kostenerstattungen
Aufwendungen	Erstattungen an Land	252.702	105.722	146.980	13.) Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen
Aufwendungen	Sonstige soziale Leistungen	2.828.000	3.844.024	-1.016.024	15.) Transferaufwendungen

Abweichung -681.401



Aufgrund der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG), die zum 01.07.2017 in Kraft getreten ist, sind die Fallzahlen deutlich gestiegen.

HSP Controllingbericht über die Konsolidierungsbeiträge 2017 und die Prognose 2021

IV. Quartal 2017

Bericht zum Stand: 31.12.2017
Erarbeitet und vorbereitet durch:
Stadt Hagen,
Fachbereich Finanzen und Controlling,
Bereich Finanzsteuerung und Controlling

Inhaltsverzeichnis:

Einführung	3
I. Teil	5
Gegenüberstellung des beschlossenen Planvolumens und des prognostizierten Gesamtvolumens	5
Die Entwicklung der zehn größten Konsolidierungsmaßnahmen	6
Konsolidierungsmaßnahmen mit einer absoluten Abweichung von mehr als 100 TSD €	8
Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 nicht erreichen	10
Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 übererfüllen	12
Fazit	13
Konsolidierungsmaßnahmen, die das mittelfristig geplante Gesamtkonsolidierungsziel nicht erreichen	14
II. Teil	16
Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen	16
III. Teil	17
Übersicht der aktuellen Einzelmaßnahmen	17

Anlage

Einführung

Berichtspflicht

Die Stadt Hagen ist als pflichtige Stärkungspaktkommune gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg in besonderem Maße zur Auskunft verpflichtet. Gemäß § 7 Stärkungspaktgesetz ist der Bezirksregierung zusätzlich zur Genehmigung auch die Überwachung der Einhaltung des Haushaltssanierungsplans (HSP) übertragen worden. Die Stadt Hagen ist als Stärkungspaktteilnehmerin dazu verpflichtet, jährlich zum Stand der Umsetzung des HSP zu berichten. Nach dem Ausführungserlass zur Haushaltskonsolidierung vom 07. März 2013 sind die Berichte wie folgt vorzulegen:

bis zum 31.07. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 30. Juni des gleichen Jahres,
bis zum 01.12. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 30. September des gleichen Jahres und
bis zum 15.04. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 31. März. des gleichen Jahres zusammen mit
dem vom Oberbürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses für das vorherige Jahr.

Berichtsziel und Empfänger

Der vorliegende Bericht verschafft in erster Linie einen komprimierten Gesamtüberblick über die aktuelle Entwicklung der Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt Hagen. Durch die regelmäßigen Überprüfungen werden Potenziale und Gefahren bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen erkannt und ermöglichen ein gezieltes Einschreiten bei Abweichungen im Plan-Ist-Vergleich.

Der Bericht wird dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Verwaltungsvorstand und der Bezirksregierung vorgelegt.

Berichtserstellung und Vorgehensweise

Mit dem Beschluss des HSP 2017 wurden 139 bestehende Maßnahmen fortgeschrieben, von denen fünf Maßnahmen ab dem Jahr 2017 ohne Konsolidierungspotenzial sind und zwei Maßnahmen zu einer Maßnahme zusammengefasst wurden. Informationen hierzu wurden im Bericht für das I. Quartal 2017 erteilt.

Somit ergeben sich nach wie vor 133 Konsolidierungsmaßnahmen, die Gegenstand dieses Berichts sind.

Die Ämter und Fachbereiche werden im Rahmen des Berichtswesens aufgefordert, die Planwerte für das laufende Jahr und für die mittelfristige Planung je Maßnahme zu überprüfen und Prognosen für das laufende Jahr sowie für die mittelfristige Planung abzugeben. Ergeben sich zwischen Plan und Prognose Abweichungen, werden in der Stellungnahme die Ursachen benannt. Bei negativen Abweichungen sind Ersatzmaßnahmen zu bilden. Liegen Veränderungen struktureller Natur vor, werden notwendige Planänderungen in der Fortschreibung des HSP angepasst.

Während dieser Phase stehen den Ämtern und Fachbereichen die dezentralen Betriebswirte und der Fachbereich Finanzen und Controlling für Rückfragen und Hilfestellung zur Verfügung.

Die Berichtsrückmeldungen aus den Ämtern und Fachbereichen werden zentral vom Fachbereich Finanzen und Controlling analysiert und ausgewertet.

Berichtsinhalte

Im **I. Teil** des Berichts wird das erzielte Gesamtvolumen dem beschlossenen Planvolumen gegenübergestellt. Zusätzlich werden die Konsolidierungsmaßnahmen unter verschiedenen Gesichtspunkten analysiert.

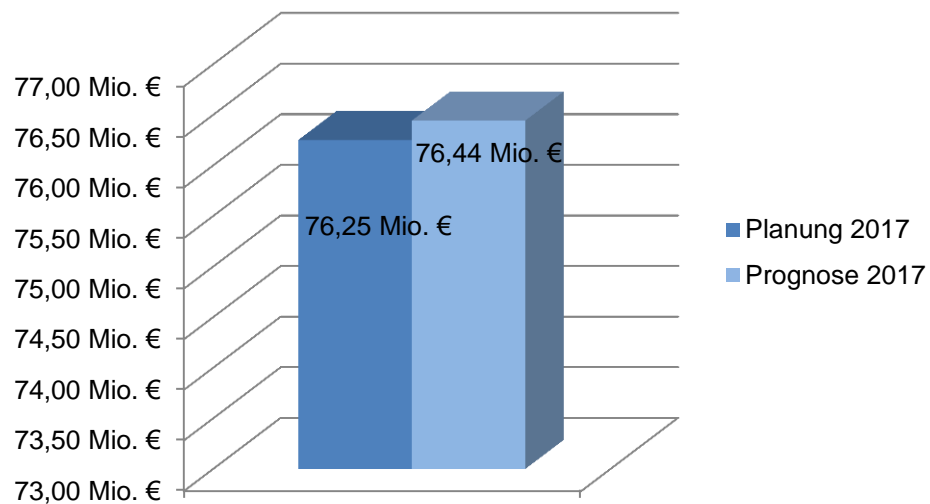
Im **II. Teil** werden die erzielten Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen dargestellt. Negative Abweichungen werden mit einem Minus-Zeichen dargestellt, ergänzend wird die prozentuale Abweichung berechnet.

Im **III. Teil** erfolgt die Betrachtung der Einzelmaßnahmen in einer Übersicht.

I. Teil

Gegenüberstellung des beschlossenen Planvolumens und des prognostizierten Gesamtvolumens

Gesamtkonsolidierungsvolumen 2017



Im IV. Quartal 2017 wird ein Konsolidierungserfolg in Höhe von **76.443.699 €** verzeichnet.

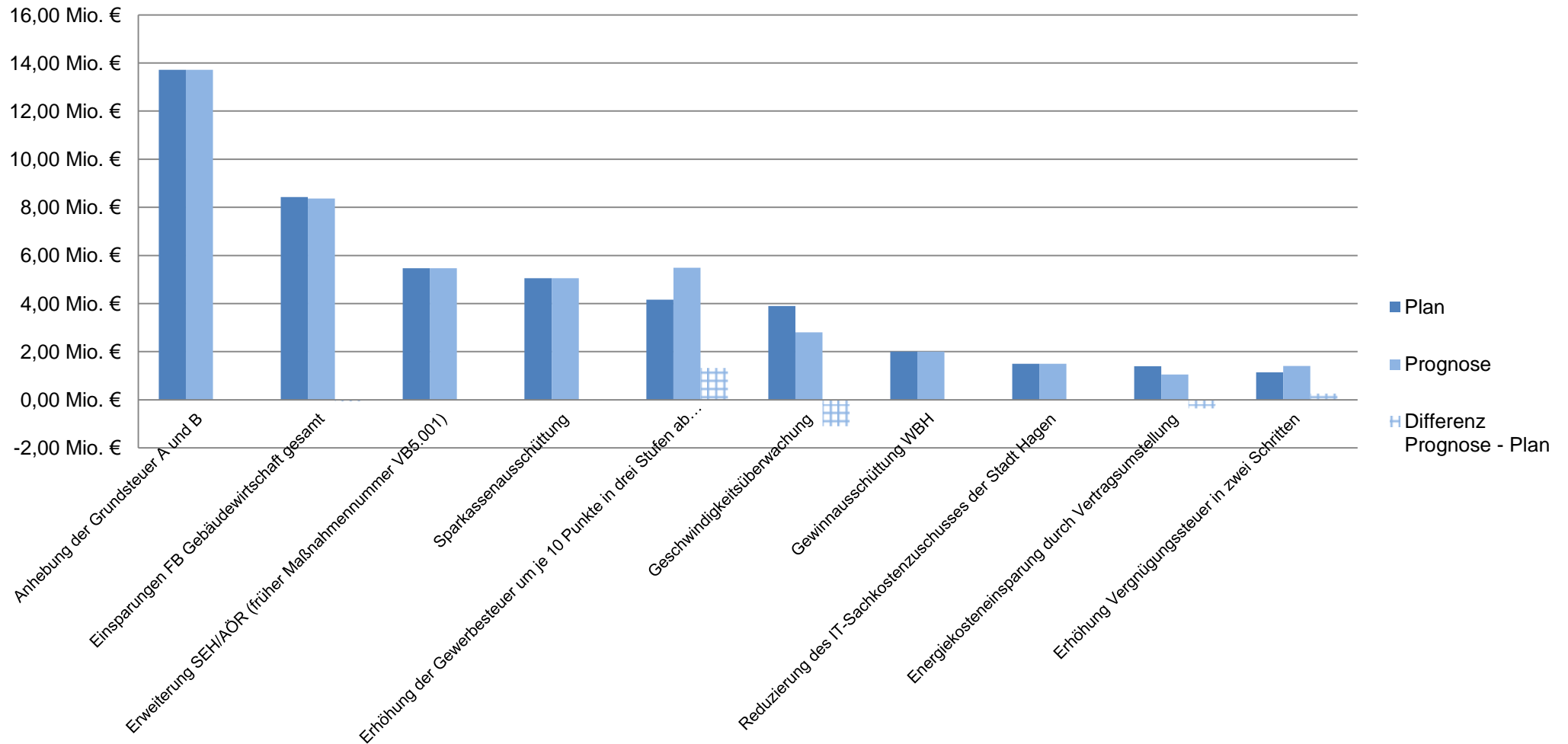
Die Verbesserung von **191.756 €** gegenüber dem Planwert **76.251.943 €** wird durch 3.564.550 € Aufwandsminderungen und Mehrerträge erzielt, denen aber Aufwandssteigerungen und Mindererträge von 3.372.794 € gegenüberstehen.

Die Entwicklung der zehn größten Konsolidierungsmaßnahmen

Maßnahme	Bezeichnung	2017		
		Plan	Prognose	Differenz Prognose - Plan
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	13,71 Mio. €	13,71 Mio. €	0,00 Mio. €
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	8,43 Mio. €	8,36 Mio. €	-0,06 Mio. €
11_AÖR.001	Erweiterung SEH/AÖR (früher Maßnahmennummer VB5.001)	5,46 Mio. €	5,46 Mio. €	0,00 Mio. €
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5,05 Mio. €	5,05 Mio. €	0,00 Mio. €
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	4,16 Mio. €	5,49 Mio. €	1,33 Mio. €
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	3,90 Mio. €	2,80 Mio. €	-1,10 Mio. €
14_FBOB.008	Gewinnausschüttung WBH	2,00 Mio. €	2,00 Mio. €	0,00 Mio. €
11_HABIT.003	Reduzierung des IT-Sachkostenzuschusses der Stadt Hagen	1,50 Mio. €	1,50 Mio. €	0,00 Mio. €
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	1,40 Mio. €	1,05 Mio. €	-0,35 Mio. €
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	1,14 Mio. €	1,40 Mio. €	0,26 Mio. €
Gesamtsumme		46,76 Mio. €	46,83 Mio. €	0,07 Mio. €

In Bezug auf das Jahr 2016 steigt das Konsolidierungsvolumen für das Jahr 2017 um 1,83 Mio. € auf 76,25 Mio. €. 62 Prozent des geplanten Konsolidierungsvolumens des Jahres 2017 werden durch zehn Konsolidierungsmaßnahmen abgedeckt. Die Prognose dieser zehn Konsolidierungsmaßnahmen übersteigt in Summe den Planwert für das Jahr 2017. Der Einbruch bei den Maßnahmen Geschwindigkeitsüberwachung und Energiekosteneinsparung konnte durch die sich gut entwickelte Gewerbesteuer und Vergnügungssteuer aufgefangen werden.

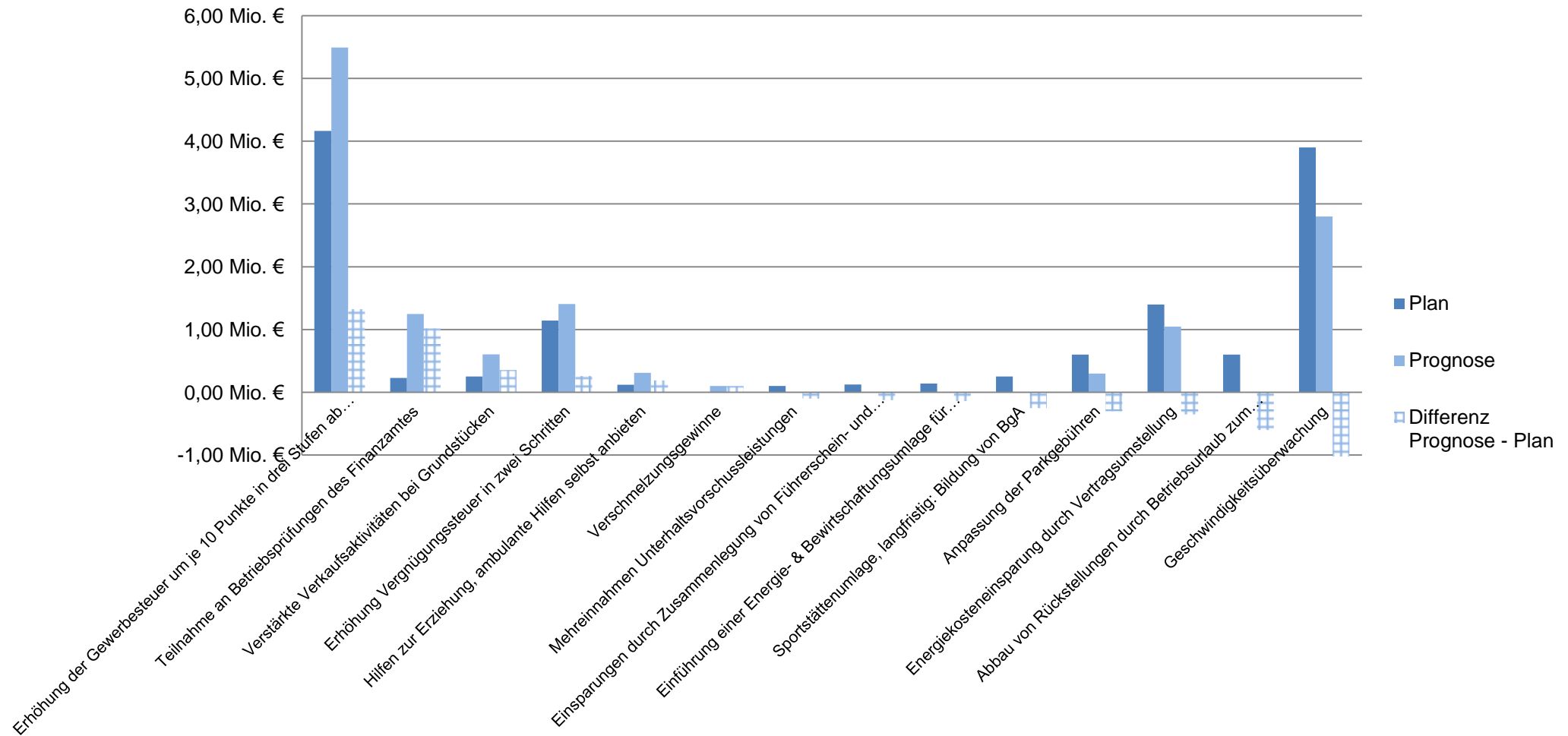
... im Überblick



Konsolidierungsmaßnahmen mit einer absoluten Abweichung von mehr als 100 TSD €

Maßnahme	Bezeichnung	2017		
		Plan	Prognose	Differenz Prognose - Plan
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	4,16 Mio. €	5,49 Mio. €	1,33 Mio. €
11_20.012	Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes	0,23 Mio. €	1,25 Mio. €	1,02 Mio. €
13_GWH.001	Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken	0,25 Mio. €	0,61 Mio. €	0,36 Mio. €
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	1,14 Mio. €	1,40 Mio. €	0,26 Mio. €
16_55.009	Hilfen zur Erziehung, ambulante Hilfen selbst anbieten	0,12 Mio. €	0,31 Mio. €	0,19 Mio. €
16_GWH.004	Verschmelzungsgewinne	0,00 Mio. €	0,10 Mio. €	0,10 Mio. €
12_55.001	Mehreinnahmen Unterhaltsvorschussleistungen	0,10 Mio. €	0,00 Mio. €	-0,10 Mio. €
16_PK.011	Einsparungen durch Zusammenlegung von Führerschein- und Kfz-Stelle lt. GPA-Bericht	0,13 Mio. €	0,00 Mio. €	-0,13 Mio. €
16_SZS.001	Einführung einer Energie- & Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene	0,14 Mio. €	0,00 Mio. €	-0,14 Mio. €
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	0,25 Mio. €	0,00 Mio. €	-0,25 Mio. €
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	0,60 Mio. €	0,30 Mio. €	-0,30 Mio. €
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	1,40 Mio. €	1,05 Mio. €	-0,35 Mio. €
13_11.001	Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel	0,60 Mio. €	0,00 Mio. €	-0,60 Mio. €
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	3,90 Mio. €	2,80 Mio. €	-1,10 Mio. €
Gesamtsumme		13,02 Mio. €	13,30 Mio. €	0,28 Mio. €

... im Überblick



Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 nicht erreichen

Maßnahme	Bezeichnung	2017		
		Plan	Prognose	Differenz Prognose - Plan
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	3.900.000 €	2.799.786 €	-1.100.214 €
13_11.001	Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel	600.000 €	0 €	-600.000 €
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	1.400.000 €	1.047.072 €	-352.928 €
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	600.000 €	300.000 €	-300.000 €
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	250.000 €	0 €	-250.000 €
16_SZS.001	Einführung einer Energie- & Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene	140.000 €	0 €	-140.000 €
16_PK.011	Einsparungen durch Zusammenlegung von Führerschein- und Kfz-Stelle lt. GPA-Bericht	125.000 €	0 €	-125.000 €
12_55.001	Mehreinnahmen Unterhaltsvorschussleistungen	100.000 €	0 €	-100.000 €
12_20.002	Vergnügungssteuer - Besteuerung für Wettbüros	130.000 €	60.400 €	-69.600 €
14_48.001	Sachkostenreduzierung Lernmittel	373.000 €	308.000 €	-65.000 €
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	8.426.325 €	8.361.725 €	-64.600 €
16_55.005	KdU-Ersparnis durch Prüfung der Betriebs-/ Nebenkostenabrechnungen beim Jobcenter	260.000 €	210.000 €	-50.000 €
16_SZS.002	Einführung Beteiligung der Schwimmvereine	40.000 €	0 €	-40.000 €
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	57.000 €	26.103 €	-30.897 €
12_GWH.005	(alt: 11_20.010) Sachkostenreduzierung im TP 5450 (fiskalische Flächen)	29.880 €	0 €	-29.880 €
16_69.002	Erhöhung der Bußgelder im Umweltrecht, Erhöhung der Verwarngelder nach Gebietsordnung	20.000 €	0 €	-20.000 €

16_PK.006	Aufstellen eines Personalausweis- & Passautomaten im Bürgeramt	10.000 €	0 €	-10.000 €
16_PK.010	Abbau von fünf Mehrfachbeschäftigungen Theater & Musikschule bei der Musikschule	15.000 €	6.000 €	-9.000 €
11_32.007	Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten	700.000 €	693.424 €	-6.576 €
14_48.003	Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbücherei Hagen	9.000 €	3.000 €	-6.000 €
16_30.001	Reduzierung Schiedsgerichtsbezirke	2.500 €	1.040 €	-1.460 €
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	5.000 €	4.000 €	-1.000 €
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	26.300 €	25.661 €	-639 €
Gesamtsumme		17.219.005 €	13.846.211 €	-3.372.794 €

Diese 23 Maßnahmen konnten im Jahr 2017 nicht oder nicht vollständig umgesetzt werden. Durch positive Änderungen anderer Maßnahmen ist ein Ausgleich des Gesamtkonsolidierungsbetrages 2017 möglich gewesen.

Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 übererfüllen

Maßnahme	Bezeichnung	2017		
		Plan	Prognose	Differenz Prognose - Plan
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	4.164.078 €	5.490.540 €	1.326.462 €
11_20.012	Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes	228.000 €	1.248.000 €	1.020.000 €
13_GWH.001	Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken	250.000 €	605.000 €	355.000 €
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	1.143.000 €	1.404.101 €	261.101 €
16_55.009	Hilfen zur Erziehung, ambulante Hilfen selbst anbieten	120.000 €	309.500 €	189.500 €
16_GWH.004	Verschmelzungsgewinne	0 €	100.450 €	100.450 €
11_11.111	Interkommunale Zusammenarbeit	904.000 €	996.510 €	92.510 €
15_61.001	Zusätzliche Verkaufserlöse bei Grundstücken durch die Einstellung von Bauleitplanern	91.000 €	143.666 €	52.666 €
16_55.004	Vermeidung des Missbrauchs bei EU-Binnenmigration	500.000 €	550.000 €	50.000 €
13_37.001	Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen über Zoll-Auktion	5.000 €	54.100 €	49.100 €
16_37.001	Abrechnung Brandsicherheitswachen ggü. Theater gGmbH (satzungsgem.)	100.000 €	123.196 €	23.196 €
16_PK.004	Zusammenlegung Info-Bereiche 32 und 25 im Rathaus I, Einsparung PK 2 Stellen	0 €	20.850 €	20.850 €
12_48.002	Altmaßnahme: Parkgebühren für Kfz von Lehrkräften auf Schulhöfen einführen	39.600 €	60.000 €	20.400 €
13_37.002	Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über Zoll-Auktion	5.000 €	7.344 €	2.344 €
16_FBOB.007	Kürzungen im Bereich Repräsentationen unter Aussparung der Kürzung im Bereich Städtepartnerschaften	11.000 €	11.500 €	500 €
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	13.713.128 €	13.713.404 €	276 €
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5.050.500 €	5.050.695 €	195 €
Gesamtsumme		26.324.306 €	29.888.856 €	3.564.550 €

Fazit

Unter-/Überschreitung	2017		
	Plan	Prognose	Differenz Prognose - Plan
Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 nicht erreichen	17.219.005 €	13.846.211 €	-3.372.794 €
Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 übererfüllen	26.324.306 €	29.888.856 €	3.564.550 €
Gesamtsumme	43.543.311 €	43.735.067 €	191.756 €

Insgesamt wird das geplante Konsolidierungsziel um rd. 190.000 € überschritten.

Konsolidierungsmaßnahmen, die das mittelfristig geplante Gesamtkonsolidierungsziel nicht erreichen

Die Stadt Hagen muss als pflichtig teilnehmende Gemeinde des Stärkungspakts im Jahr 2017 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Gelingt ihr das nicht, wird nach § 8 (Folgen von Pflichtverstößen) des Stärkungspaktgesetzes eine Frist zur Nachbesserung gesetzt. Greifen die Maßnahmen innerhalb der gesetzten Frist nicht, wird das zuständige Ministerium einen Beauftragten gemäß § 124 der GO NRW bestellen. Daher ist es besonders wichtig, frühzeitig Gefahren zu erkennen und Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Die folgenden Maßnahmen stuft die Verwaltung als kritisch ein. In der mittelfristigen Prognose für 2021 wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht.

Die Maßnahmen sind in die Fortschreibung des HSP 2018 mit den reduzierten Beträgen eingeflossen.

Maßnahme	Bezeichnung	2017		2021		Stand
		Plan	Prognose	Plan	Prognose	
11_32.007	Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten	700.000 €	693.424 €	700.000 €	570.000 €	rot
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5.050.500 €	5.050.695 €	5.050.500 €	1.683.500 €	rot
12_55.001	Mehreinnahmen Unterhaltsvorschussleistungen	100.000 €	0 €	100.000 €	0 €	rot
12_GWH.005	(alt: 11_20.010) Sachkostenreduzierung im TP 5450 (fiskalische Flächen)	29.880 €	0 €	29.880 €	0 €	rot
13_11.001	Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel	600.000 €	0 €	0 €	0 €	rot
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	5.000 €	4.000 €	5.000 €	4.000 €	rot
14_48.001	Sachkostenreduzierung Lernmittel	373.000 €	308.000 €	373.000 €	323.000 €	rot
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	600.000 €	300.000 €	600.000 €	300.000 €	rot
16_25.002	Auslaufen Farbdrucker / Reduzierung SW-Drucker	0 €	0 €	15.000 €	0 €	rot

16_69.002	Erhöhung der Bußgelder im Umweltrecht, Erhöhung der Verwarngelder nach Gebietsordnung	20.000 €	0 €	20.000 €	0 €	rot
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	8.426.325 €	8.361.725 €	8.626.325 €	8.426.325 €	rot
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	57.000 €	26.103 €	130.000 €	50.455 €	rot
16_PK.006	Aufstellen eines Personalausweis- & Passautomaten im Bürgeramt	10.000 €	0 €	30.000 €	0 €	rot
16_PK.010	Abbau von fünf Mehrfachbeschäftigungen Theater & Musikschule bei der Musikschule	15.000 €	6.000 €	15.000 €	11.445 €	rot
16_PK.011	Einsparungen durch Zusammenlegung von Führerschein- und Kfz-Stelle lt. GPA-Bericht	125.000 €	0 €	250.000 €	0 €	rot
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	250.000 €	0 €	250.000 €	116.727 €	rot
Gesamtsumme		16.361.705 €	14.749.947 €	16.194.705 €	11.485.452 €	

II. Teil

Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen

Ertrags- und Aufwandsarten	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan	Prozentuale Abweichung
1 Steuern und ähnliche Abgaben	21.229.074	23.963.243	2.734.169	12,88%
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.847.663	1.847.663	0	0,00%
3 Sonstige Transfererträge	187.617	0	-187.617	-100,00%
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.133.797	1.869.354	-264.443	-12,39%
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	267.800	288.200	20.400	7,62%
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	488.752	1.305.262	816.510	167,06%
7 Sonstige ordentliche Erträge	6.390.734	5.016.304	-1.374.430	-21,51%
8 Aktivierte Eigenleistung	0	0	0	0,00%
9 Bestandsveränderungen	0	0	0	0,00%
10 Ordentliche Erträge	32.545.437	34.290.026	1.744.589	5,36%
11 Personalaufwendungen	11.996.045	11.943.282	-52.763	-0,44%
12 Versorgungsaufwendungen	41.920	41.920	0	0,00%
13 Aufwendungen für Sach- Dienstleistungen	17.038.531	16.407.206	-631.325	-3,71%
14 Bilanzielle Abschreibungen	431	431	0	0,00%
15 Transferaufwendungen	2.813.321	2.806.891	-6.430	-0,23%
16 Sonstige Ordentliche Aufwendungen	2.822.058	1.859.061	-962.997	-34,12%
17 Ordentliche Aufwendungen	34.712.306	33.058.791	-1.653.515	-4,76%
18 Summe Zeile 10 + 17	67.257.743	67.348.817	91.074	0,14%
19 Finanzerträge	8.500.000	2.600.450	-5.899.550	-69,41%
20 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	494.200	6.494.432	6.000.232	1214,13%
21 Finanzergebnis	8.994.200	9.094.882	100.682	1,12%
22 Gesamtbetrag (Zeile 18 + 21)	76.251.943	76.443.699	191.756	0,25%

III. Teil

Übersicht der aktuellen Einzelmaßnahmen

Anlage zum Controllingbericht HSP 2017 – 4. Quartal

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungs- grad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
11_11.002	TP1114 pauschale Sachkosteneinsparung	1114	11. 2011	145.090	145.090	145.090	0	100%	100%	grün	Die Konsolidierung ist bereits in 2014 realisiert worden und wird auch in den Folgejahren komplett erreicht.
11_11.111	Interkommunale Zusammenarbeit	6130	2015	904.000	904.000	996.510	92.510	110%	111%	grün	<p>In den bisherigen Stellungnahmen wurden die erzielten Konsolidierungspotentiale detailliert dargestellt und erläutert, insofern wird an dieser Stelle auf die erneute Darstellung verzichtet.</p> <p>Durch die Fusion der Sparkasse Hagen/Herdecke und die Leistungserbringung für Arbeitssicherheit werden Einnahmen von 1.400 € zuzügl. MWSt zusätzlich erzielt werden.</p> <p>Da es sich bei interkommunaler Zusammenarbeit um einen dauernden Prozess handelt, zumal viele Kommunen aufgrund der Haushaltslage auch in diesen Bereichen neue Wege gehen, bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten.</p> <p>Im Rahmen des Controllings der HSP-Fortschreibung ist aufgefallen, dass der Anteil der Gleichstellungsstelle an der Maßnahme bereits vor Meldung zur Konsolidierungsmaßnahme zur Haushaltsplanung 2016/2017 gemeldet wurde. Insofern ist leider keine Berücksichtigung mehr zur Maßnahme IKZ möglich und der gemeldete Anteil in Höhe von 29.000 € ist auch in der mittelfristigen Prognose von der Maßnahme wieder abzuziehen.</p> <p>Dennoch entwickelt sich die Maßnahme weiterhin positiv: Durch einen zusätzlichen ungeplanten Ertrag von rund 120.000 € vom WBH für die Vereinnahmung der Abwassergebühren durch die Stadt Hagen. Dies wird auch in der Fortschreibung der Maßnahme berücksichtigt.</p>
11_20.001	Neuausrichtung des Forderungsmanagements	1121	2013	30.000	30.000	30.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt und verläuft planmäßig.
11_20.006	Optimierungen bei der Straßenreinigung	5450	2014	552.000	510.000	510.000	0	100%	100%	grün	Mit der Fortschreibung HSP 2017 wird diese Maßnahme mit 12_20.003 zusammengelegt. Die Maßnahme verläuft insgesamt planmäßig.
11_20.007	Sachkostenreduzierung im TP 1120	1120	11. 2011	52.000	52.000	52.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt und verläuft planmäßig.
11_20.008	Sachkostenreduzierung im TP 1121	1121	2013	30.000	30.000	30.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde im Jahr 2013 realisiert.
11_20.012	Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes	6110	2014	228.000	228.000	1.248.000	1.020.000	547%	100%	grün	Die Maßnahme ist durch die Einstellung des Betriebsprüfers umgesetzt. Durch außergewöhnlich positive Betriebsprüfungs-Ergebnisse, die allerdings in den Folgejahren kaum zu wiederholen sein werden, wird der angestrebte Konsolidierungserfolg im Jahr 2017 um mehr als 1 Mio. € überschritten.
11_20.014	Anhebung der Hundesteuer	6110	2012	520.000	520.000	520.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt und verläuft planmäßig.
11_32.007	Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten	1222	2012	700.000	700.000	693.424	-6.576	99%	81%	rot	Der Fallzahlenrückgang bei den Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen Becheltestr. und Saarlandstr. Fahrtrichtung Hohenlimburg war nicht so stark wie erwartet. Dennoch konnte die Maßnahme in 2017 nicht gehalten werden, das Konsolidierungsziel wurde knapp verfehlt.
11_40.014	Einstellung Edmond-Lizenzen	2143	2014	5.000	5.000	5.000	0	100%	100%	grün	Die Stadtbildstelle wurde 2014 geschlossen. Das Konsolidierungsziel in Höhe von 5.000 € wurde erreicht.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungs- grad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
11_43.007	Sachkosteneinsparung TP 2571	2571	1ft. 2011	26.086	26.086	26.086	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbetrag wurde erzielt.
11_43.009	Entgelte für Sonderleistungen	2571	2012	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbetrag wird in voller Höhe realisiert.
11_44.006	Veränderung der Angebotsstruktur	2563	1ft. 2011	50.600	50.600	50.600	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbetrag wurde erreicht.
11_46.016	Zuschussreduzierung Theater	2561	1ft. 2011	339.334	339.334	339.334	0	100%	100%	grün	Die Einzelmaßnahmen, die diese Maßnahme bilden, wurden umgesetzt und das komplette Konsolidierungsziel wurde erreicht.
11_55.114b	Eingliederungshilfe / Ersatzmaßnahme für 55.114	3135	2012	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Nachzeitigem Stand kann der Konsolidierungsbetrag realisiert werden.
11_55.161	Hilfen zur Erziehung (nur Tagesgruppen)	3630	1ft. 2011	150.000	150.000	150.000	0	100%	100%	grün	Die Umsetzung erfolgt im Bereich der Frühförderung.
11_55.167b	Leistungsgewährung Asylbewerber / Ersatzmaßnahme für 55.167	3115	2012	165.000	165.000	165.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt.
11_69.001S	Streichung Verbraucherberatungszuschuss	1223	1ft. 2010	45.000	45.000	45.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wird wie geplant umgesetzt.
11_AÖR.001	Erweiterung SEH/AÖR (früher Maßnahmennummer VB5.001)	AÖR	2012	5.464.842	5.464.842	5.464.842	0	100%	100%	grün	Die Konsolidierungsvorgabe konnte durch sukzessive Reduzierung des Budgets WBH erreicht werden.
11_FBOB.001	Optimierung der Beteiligungsstruktur	5731	2014	1.600.000	420.000	420.000	0	100%	100%	grün	2017 wird das Konsolidierungsziel erreicht. Ab dem Jahr 2020 wird der volle Konsolidierungseffekt in Höhe von 1,6 Mio. € realisiert.
11_HABIT.003	Reduzierung des IT-Sachkostenzuschusses der Stadt Hagen	HABIT	1ft. 2011	1.500.000	1.500.000	1.500.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_HABIT.777P	Personaleinsparung im Wirtschaftsplan HABIT	HABIT	1ft. 2011	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_OB.005S1	Neuordnung der Wirtschaftsförderung - hier: Stadtwerbung, Hagen-Touristik, Stadtmarketingverein	5731	1ft. 2011	547.314	547.314	547.314	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_OB.005S2	Neuordnung der Wirtschaftsförderung - hier: Wifo, OB/SZW, Europe Direct Büro u. Wirtschaft u. Marketing	5731	1ft. 2011	-95.122	-95.122	-95.122	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_OBA.005	Internetwerbung	1111	1ft. 2011	12.000	12.000	12.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_OBBC.005S	Zuschussminim. Stadthalle, Alt-Maßnahme	5731	1ft. 2011	80.000	80.000	80.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahmenplanung wurde eingehalten.
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5731	1ft. 2011	5.050.500	5.050.500	5.050.695	195	100%	33%	rot	In der mittelfristigen Planung werden verminderte Gewinnausschüttungen der Sparkasse erwartet. Ausgeglichen wird dieser Betrag durch eine weitere Kürzung des Zuschusses an die HVG und eine Ausschüttung der Enervie. Die Fortschreibung des HSP 2018 wurde entsprechend angepasst. Für 2017 hat die Stadt Hagen eine Nettoausschüttung der Sparkasses in Höhe von rd. 5 Mio. € erhalten.
12_14.001	Reduzierung Beratungsleistung durch Wirtschaftsprüfer bei Prüfung des Gesamtabchlusses	1113	2013	36.060	36.060	36.060	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde in 2017 gehalten.
12_20.001	Einsparung Gewässerunterhaltung	5520	2014	200.000	200.000	200.000	0	100%	100%	grün	Im Jahr 2017 wurden eine Reihe von notwendigen Gewässerunterhaltungsmaßnahmen durchgeführt, das Konsolidierungsziel wurde um 20.000 € verfehlt. Eine Kompensation in dieser Höhe kann über den Gewässerausbau (Produkt 1.55.20.02) erzielt werden.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungs- grad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
12_20.002	Vergnügungssteuer - Besteuerung für Wettbüros	6110	2014	130.000	130.000	60.400	-69.600	46%	100%	gelb	Die Satzung wurde zum 01.08.2014 in Kraft gesetzt. Durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29.06.2017 wurde die Veranstaltungsfläche als Steuerbemessungsgrundlage für unzulässig erklärt. Aufgrund von erhobenen Klagen mussten Steuern von zwei Betrieben - auch rückwirkend für 2016 - abgesetzt werden, so dass 2017 mit einem Fehlbetrag von 70.000 abschließt. Der Fehlbetrag kann jedoch durch den Überschuss bei der Maßnahme 12_20.010 - Erhöhung der Vergnügungssteuer - kompensiert werden. Die Wettbürosatzung der Stadt Hagen wurde bzgl. eines zulässigen Steuermaßstabs überarbeitet. Derzeit ist davon auszugehen, dass die Konsolidierung aus dieser Maßnahme in den Folgejahren weiterhin erbracht wird.
12_20.005	Vergnügungssteuer - Einführung einer Steuer für sexuelle Dienste	6110	2015	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Nach dem Wegfall größerer Steuerzahler liegt das jährliche Potential bei 20.000 €. Das Konsolidierungsziel wurde ab 2016 um 10.000 € gesenkt und im Gegenzug bei Maßnahme 12_20.002 um den gleichen Betrag erhöht. Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	6110	2013	13.713.128	13.713.128	13.713.404	276	100%	100%	grün	Aufgrund der Erschließung neuer Baugebiete erhöhen sich die Erträge aus Grundsteuer B im Haushalt ab dem Jahr 2016 strukturell um rund 500.000 €. Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_20.007	Beratungsleistung- und Gutachterkosten (Verteilung 2013 10.000 € TP 1120)	1120	2013	10.000	10.000	10.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
12_20.008	Portoersatz Vollsteckungsvorankündigung	1121	2013	16.000	16.000	16.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt und verläuft planmäßig. Die ab 2016 geltenden Portogebühren i.H.v. 70 Cent wurden berücksichtigt, führen jedoch zu keinem weiteren Konsolidierungserfolg, da in gleicher Höhe ein Aufwand gegenübersteht.
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	6110	2013	3.787.763	4.164.078	5.490.540	1.326.462	132%	100%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt. Die Verwaltung geht für 2017 von einer gleich guten Konjunktur wie 2016 aus, so dass das Steueraufkommen der Maßnahme auf knapp 83,5 Mio. € angehoben wurde. In 2017 ist die Maßnahme überplanmäßig verlaufen, da ein Gewerbesteuerergebnis von 110,9 Mio. € erreicht wurde.
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	6110	2013	1.143.000	1.143.000	1.404.101	261.101	123%	100%	grün	Der zweite Schritt der Steuererhöhung wurde mit Satzungsbeschluss vom 11.12.2014 vollständig umgesetzt. Die zusätzliche Steuersatzerhöhung um 1% dient der Teilkompensation der Maßnahmen "Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene" (14_SZS.001) und Einführung Beteiligung der Schwimmvereine" (14_SZS.002). Die Vergnügungssteuer in 2017 entwickelte sich überplanmäßig und schließt mit einem Ergebnis von über 5,2 Mio. € ab. Die in vorigen Controllingberichten befürchteten Steuerausfälle aufgrund des neuen Glücksspielstaatsvertrags sind in 2017 nicht eingetreten. Dies führt bei dieser Maßnahme zu einem Mehrertrag von rd. 260.000 €.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungs- grad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
12_25.001	Weitere Sachkostenreduzierung Innere Verwaltung	1116	2016	137.900	137.900	137.900	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig. Ab dem 01.01.2018 ist durch die Verlagerung des Informationsbereiches des Rathaus I zum Fachbereich 32 die Konsolidierungssumme um 40.000,- Euro (Einnahme für die Dienstleistung des Info-Bereiches) auf den Fachbereich 32 zu übertragen (18_32.001).
12_25.002	Papierloser Sitzungsdienst	1125	2016	30.000	30.000	30.000	0	100%	100%	grün	Durch die Änderung der Hauptsatzung konnte die beschlossene Erhöhung 20.000 € (Ratsbeschluss 17.03.2016) um 10.000 € verbessert werden.
12_30.001	Rabatte Versicherungsprämien	1123	2013	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbetrag wurde bereits eingehalten. Die Konsolidierungsmaßnahme kann in 2017 gehalten werden.
12_32.002	Gebührenerhöhung Städtisches Gewerberegister	1220	2013	1.700	1.700	1.700	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme läuft planmäßig.
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	1222	2013	26.000	26.300	25.661	-639	98%	100%	gelb	Die Änderungsgebühren für Schwertransporte (Firma Schenker) sind weiterhin rückläufig. Es ist davon auszugehen, dass die Firma die Erstanträge besser prüft, um die späteren Gebühren für Änderungen zu vermeiden. Die Einnahmen aus den Aufgaben "Ausnahmegenehmigungen im Straßenverkehr" sind gleichbleibend. Die Einnahmen für die Aufgabe "Gebühren der Zulassungsbehörde" sind in 2017 etwas geringer ausgefallen.
12_37.001	Kostendeckende Kalkulation der Rettungsdienstgebühren	1270	2014	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_46.001	Vorschlag GPA: Zuschussreduzierung Theater	2561	2014	850.000	850.000	850.000	0	100%	100%	grün	Das Einsparvolumen dieser Maßnahme beträgt insgesamt 850 T€. Diese Summe setzt sich zusammen aus einem Konsolidierungsbetrag i.H.v. 350 T€ im Bereich der Personalaufwendungen und einen weiteren Betrag i.H.v. 500 T€ für Sachaufwendungen. Die Konsolidierungsbeträge sind in den Wirtschaftsplänen ab 2015 eingeplant. Der Zuschuss wurde 2017 eingehalten. Die Maßnahme ist abgeschlossen.
12_47.001	Sachkostenreduzierung Historisches Centrum Hagen	2521	2012	10.000	10.000	10.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt.
12_48.002	Altmaßnahme: Parkgebühren für Kfz von Lehrkräften auf Schulhöfen einführen	1116	2014	80.000	39.600	60.000	20.400	152%	100%	gelb	Das Konzept der Vermietung der Lehrerparkplätze beinhaltet eine Ausdehnung der bereits praktizierten Bewirtschaftung der Schulparkplätze im Innenstadtbereich auf alle weiteren Schulen im Stadtgebiet. Im Ratsbeschluss vom 25.05.2005 wurde festgelegt, dass das Anwohnerparkraumkonzept nicht über den Innenstadtbereich hinaus ausgedehnt wird. Dieser Beschluss hat weiterhin Bestand. Der Beschluss zur Erhöhung der Maßnahme wurde im Mai 2016 getroffen. 16 Schulen verfügen nicht über Parkplätze, wodurch die Generierung von Einnahmen entfällt. Aufgrund bestehender Parkalternativen wird zudem das Angebot der Anmietung nicht umfassend angenommen. Da es zudem in weiten Teilen der Schulleitung noch an einer Akzeptanz bezogen auf eine Vermietung der Lehrerparkplätze fehlt, kommt es auch in zeitlicher Hinsicht zu einigen Verzögerungen. Die für 2017 prognostizierten 39.600 € konnten aufgrund der schneller voranschreitenden Vertragsabschlüsse auf 60.000 € Euro erhöht werden.
12_53.001	Gebührenerhöhung Medizinalaufsicht, amtsärztliche Gutachten und Infektionsschutz	4140	2013	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungs- grad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
12_55.001	Mehreinnahmen Unterhaltsvorschussleistungen	3141	2017	100.000	100.000	0	-100.000	0%	0%	rot	Wegen der massiv steigenden Fallzahlen erfolgte eine Konzentration der Kräfte zunächst auf die Antragsbewältigung. Insoweit ergibt die Betrachtung der Haushaltseffekte für das Jahr 2017 keinen Konsolidierungserfolg. Der fehlende Konsolidierungsbetrag i.H.v. 100.000 € kann durch die Ergebnisse der HSP-Maßnahme 16_55.009 kompensiert werden.
12_55.006	Umsetzung des Urteils des VerfGH zu den finanziellen Folgen der Umsetzung des KiföG ; Belastungsausgleich U3	3650	2012	900.000	900.000	900.000	0	100%	100%	grün	Aufgrund der aktuell bestehenden Regelung sind die Erträge bis zum Kindergartenjahr 2018-2019 sichergestellt. Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_FBOB.002	Reduzierung der Aufwendungen für politische Gremien	1110	2014	12.500	12.500	12.500	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt. Das Konsolidierungspotential wurde bereits in 2014 gehoben.
12_FBOB.003	Reduzierung des Ansatzes für Veranstaltungen	1111	2013	10.372	10.372	10.372	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde bereits in 2013 abgeschlossen.
12_FBOB.004	Optimierung bei den Freibädern, Schlechtwetterkonzept; Synergien HVG	5731	2012	600.000	600.000	600.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
12_FBOB.006	Einsparungen durch Amtsblatt, Punkt 7	1111	2013	32.000	32.000	32.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde bereits in 2013 in voller Höhe realisiert. Die Maßnahme ist damit abgeschlossen.
12_GWH.005	(alt: 11_20.010) Sachkostenreduzierung im TP 5450 (fiskalische Flächen)	5450	2014	29.880	29.880	0	-29.880	0%	0%	rot	Der Konsolidierungsbetrag wurde bereits bei der Haushaltsplanung 2016/2017 berücksichtigt und der Ansatz entsprechend für 2017 reduziert. Der Konsolidierungsbeitrag kann allerdings dauerhaft nicht erbracht werden.
12_HABIT.001	Vorschlag GPA: HABIT	HABIT	2015	100.000	100.000	100.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
12_WBH.001	Budgetvorgabe WBH (insgesamt 300.000 €, u.a. TP 5410, 5430, 5440)	AÖR	2015	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsmaßnahme wurde bereits bei der Haushaltsplanung 2014/2015 berücksichtigt und das Budget WBH entsprechend reduziert. Es wird davon ausgegangen, dass die Konsolidierungsvorgabe realisiert werden kann.
13_11.001	Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel	1114	2014	0	600.000	0	-600.000	0%	0%	rot	Das Maßnahmenziel konnte in 2017 nicht erreicht werden. Es ist auch fraglich, ob das Maßnahmenziel in den Folgejahren erreicht werden kann. Insofern ist die Maßnahme als wegbrechend zu beurteilen. Dennoch wird daran festgehalten, auch durch ein unterjähriges Berichtswesen die Führungskräfte vor Ort weiterhin für die Thematik zu sensibilisieren.
13_37.001	Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen über Zoll-Auktion	1260	2014	5.000	5.000	54.100	49.100	1082%	100%	grün	Die Maßnahme wird übererfüllt: Es konnten 10 Feuerwehrfahrzeuge verkauft werden. Die Verkaufserlöse belaufen sich insgesamt auf rund 54.100 €.
13_37.002	Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über Zoll-Auktion	1270	2014	5.000	5.000	7.344	2.344	147%	100%	grün	Die Maßnahme wird übererfüllt: Zwei Rettungsdienstfahrzeuge (1 ehemaliges NEF = 2.850 € und 1 KTW = 4.494 €) konnten im Jahr 2017 versteigert werden.
13_GWH.001	Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken	1123	2014	0	250.000	605.000	355.000	242%	0%	grün	Bereits in 2014 wurde ein Betrag von 760.245 € (ursprünglicher Konsolidierungsansatz 500.000 € für 2014 und 2015) erfolgreich realisiert. In 2016 sind Erlöse über Bilanzwert in Höhe von insgesamt ca. 792.000 € erzielt worden. Für 2017 wird nach Abzug von 180.000 € (HSP 15_61.001) ein Ertrag in Höhe von 605.000 € erzielt.
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	6130	2016	5.000	5.000	4.000	-1.000	80%	80%	rot	Im Jahr 2015 konnte durch die unterjährige Kündigung der Regelung über die Erstattung dienstlich genutzter Privathandys eine Konsolidierungssumme in Höhe von 3.000 € generiert werden. Für das komplette Jahr 2017 wird hierfür eine Konsolidierung von 4.000 € prognostiziert. Weitere Einsparpotentiale sind nicht zu erwarten.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungs- grad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
14_20.001	Hundebestandsaufnahme	6110	2016	144.000	144.000	144.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist bereits 2015 angelaufen. Sie wurde am 30.6.2016 beendet, weil kein Zuwachs an Hunden mehr zu verzeichnen war. Die Maßnahme ist abgeschlossen.
14_20.002	Aktives Schuldenmanagement	6120	2015	378.600	494.200	494.200	0	100%	100%	grün	Durch aktives Schuldenmanagement im Rahmen der Emission von Schulscheindarlehen kann der Zinsaufwand für 2014 und 10 Folgejahre reduziert werden. Das Konsolidierungsziel wurde auf Grund weiterer Schulscheinemissionen angepasst. Die Maßnahme ist realisiert.
14_20.003	Änderung der Mahnsystematik im Bereich der Grundbesitzabgaben	1121	2015	15.000	15.000	15.000	0	100%	100%	grün	Die Umsetzung der Maßnahme ist im Laufe des Jahres 2014 erfolgt und entwickelt sich planmäßig.
14_25.001	Schließung der Kantine/Cafeteria zum 10.08.2015	1126	2014	120.000	120.000	120.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	1222	2014	700.000	3.900.000	2.799.786	-1.100.214	72%	100%	gelb	Die zweite mobile Geschwindigkeitsmessanlage wurde Anfang 2014 in Betrieb genommen. Die stationäre Überwachungsanlage auf der BAB A45 /Baustelle Lennetalbrücke wurde im Juli 2015 in Betrieb genommen. Die bisher durch die Polizei in diesem Bereich vorgenommenen Geschwindigkeitsmessungen wurden dieser Maßnahme bereits zugeordnet. Nach Abschluss der Baumaßnahme an der Lennetalbrücke (voraussichtl. 3. Quartal 2019) wird die Geschwindigkeitsmessanlage wieder außer Betrieb gesetzt. Die Überwachungsanlagen Eckeseyer Str. und Boeler Ring sind seit 23.03.2016 in Betrieb, die Anlagen liefern bisher die erwarteten Fallzahlen. Fallzahleneinbruch aufgrund des Einzuges der dritten Spur im Bereich des Baustellenabschnittes Lennetalbrücke seit dem 09.03.2017. Bei den übrigen Aufgabengebieten der Überwachung des fließenden Verkehrs sind die Fallzahlen bzw. Werte hingegen gestiegen, so dass eine Kompensation stattfindet (z.B. Autobahnpolizei, andere stationäre und mobile Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen).
14_48.001	Sachkostenreduzierung Lernmittel	div. 48	2014	373.000	373.000	308.000	-65.000	83%	87%	rot	Der geplante Konsolidierungsbetrag wurde um rd. 65.000 € aufgrund Mehraufwendungen für die Zuwanderung (Deutsch als Zweitsprache/DaZ-Mittel) verfehlt.
14_48.003	Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbücherei Hagen	2572	2014	9.000	9.000	3.000	-6.000	33%	100%	gelb	Rückläufige Leserzahlen führen dazu, dass auch die Gebührenmehreinnahmen nicht in voller Höhe erreicht werden. Der Konsolidierungsbetrag wurde um 6.000 € verfehlt.
14_48.004	Entgelterhöhung Volkshochschule Hagen	2571	2014	38.400	38.400	38.400	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbeitrag wurde erreicht.
14_55.157	Verträge mit fünf Hagener Wohlfahrtsverbänden, hier Wegfall der Pauschalzuweisung	3131	2016	75.000	75.000	75.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wird wie geplant umgesetzt.
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	5460	2014	600.000	600.000	300.000	-300.000	50%	50%	rot	Die Annahme, dass die Erhöhung des Gebührentarifs von 1,00 EUR auf 1,50 EUR pro Stunde dazu führt, dass auch die Gesamteinnahmen um 50% steigen, wird sich nicht mehr bestätigen. Auch nach der Beendigung der Umbauphase der Volme-Galerie wurden bisher keine weiteren Mehreinnahmen erzielt. Die Verwaltung geht deshalb davon aus, dass strukturell nur 300.000 € erzielt werden.
14_69.004	Kürzung Sachmittel Umweltamt	5540	2015	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Einsparung wird wie geplant erfolgen.
14_FBOB.001	Reduzierung stellvertretende Bezirksvorsteher	1110	2014	11.000	11.000	11.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesambetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungs- grad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
14_FBOB.004	Erhöhung Ausschüttung HEB	5731	2014	100.000	100.000	100.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt. Das Konsolidierungspotenzial wird seit 2014 gehoben.
14_FBOB.008	Gewinnausschüttung WBH	5380	2014	2.000.000	2.000.000	2.000.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt. Das Konsolidierungspotenzial wird seit 2014 gehoben.
14_GWH.002	Schließung der öffentl. WC-Anlage Vollbrinkstr.	5510	2014	10.377	10.377	10.377	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt.
14_HABIT.001	Stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT	1115	2020	800.000	0	0	0	-	100%	grün	s. letzte Seite dieser Anlage
14_VB4.001	Kürzung Kulturbudget 10%	2561	2018	2.250.000	0	0	0	-	100%	grün	Im HFA am 16.06.2016 und im Rat am 30.06.2016 wurde der Beschluss, dass die Theater Hagen gGmbH 1,5 Mio. € weiteres Konsolidierungsvolumen erbringen muss, nochmals bestärkt. Die Vorlage sowie die Konzepte für VHS, Stadtbücherei, Musikschule und Fachbereich Kultur wurden mit Schreiben vom 16.06.2016 übersandt. Das Konsolidierungsvolumen i.H.v. 1,5 Mio. € für das Theater ist ab 2018 vom Zuschuss abgezogen und somit in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt. Die Verwaltung geht davon aus, dass der Konsolidierungsbeitrag dieser Maßnahme voll umgesetzt wird. Im Mai 2017 wurden die konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Konsolidierungszieles (Anteil Theater) vom Rat beschlossen (0341/2017). Mit der Fortschreibung des HSP 2018 wird die Maßnahme auf Null herabgesetzt und mit dem Hinweis "Teil aus 14_VB4.001" in folgende neue Einzelmaßnahmen aufgegliedert (vgl. Beschlussvorlage 0390-1/2015; Ratsbeschluss 07.04.2016): 18_46.001 Zuschussreduzierung Theater, 18_46.002 Abbau Forderung Theater, 16_37.001 Brandsicherheitswachen Theater, 18_48.001 Zuschussreduzierung FB 48/VHS, 18_48.002 Zuschussreduzierung FB 48/Musikschule, 18_48.003 Zuschussreduzierung FB 48/Bücherei, 18_49.001 Zuschussreduzierung FB 49
15_11.002	Erträge im Bereich Beihilfe - Arzneimittelrabatte	1114	2016	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Planung wurde ab 2017 auf 20.000,- € herabgesetzt. Es ist davon auszugehen, dass dieser Betrag erreicht wird.
15_20.001	Finanzierung GVG aus der allgemeinen Investitionspauschale	1120	2016	800.000	800.000	800.000	0	100%	100%	grün	Die Erträge aus der Auflösung Sonderposten wurden bei der Haushaltsplanung 2016/2017 berücksichtigt. Der Konsolidierungsbetrag wurde erreicht.
15_48.002	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Offene Ganztagschulen (OGS) im Primärbereich	2111	2016	11.460	11.460	11.460	0	100%	100%	grün	Die Konsolidierung wurde erbracht.
15_55.001	Vermeidung von Mehrbelastungen durch den Betrieb von Kitas in freier Trägerschaft	3650	2016	825.122	721.520	721.520	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
15_55.002	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Kindertagespflege	3610	2016	20.717	20.717	20.717	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
15_55.003	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Tageseinrichtungen für Kinder	3650	2016	393.631	393.631	393.631	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungs- grad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
15_61.001	Zusätzliche Verkaufserlöse bei Grundstücken durch die Einstellung von Bauleitplanern	1123	2016	0	91.000	143.666	52.666	158%	0%	grün	Die Aufgabe von Schulen, Sport- oder Spielplätzen und anderen Gebäuden zieht die Umplanung der in den Bebauungsplänen als öffentliche Fläche festgesetzten Grundstücke mit der Durchführung von entsprechenden Planverfahren nach sich. Der Verwaltungsvorstand hat in seiner Sitzung am 25.08.2015 entschieden, den Personalbestand um 2 zusätzliche Bauleitplaner zu erweitern. Ziel soll es sein, mit diesen Bauleitplanern Bebauungspläne für Grundstücke zu erstellen, um diese überhaupt oder besser vermarkten zu können, so dass zusätzliche Erträge generiert werden können. Nach Recherchen von 61 können so ca 80 - 100 neue Baugrundstücke veräußert werden. Die Kosten für die 2 Bauleitplaner werden mit jährlich 109.000 € beziffert. Nach einer exemplarischen Übersicht von Flächen können in den Jahren 2016 - 2020 durchschnittlich vor Abzug der Personalkosten Erträge in Höhe von jährlich 200.000 € erzielt werden. Die Offenlage der ersten 2 Bebauungsplanverfahren ist in der Ratssitzung am 15.12.2016 beschlossen worden, so dass in 2017 Erlöse in Höhe von 180.000 € erzielt werden konnten. Seit dem 01.01.2017 ist eine Stelle und ab dem 01.09.2017 auch die zweite Stelle unbesetzt. Personalkosten fallen daher nur anteilig (8 Monate) für einen Mitarbeiter an.
15_FBOB.001	Zuschusskürzung agentur mark GmbH	5731	2015	18.000	18.000	18.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
15_SZS.003	Aufgabe der Turnhalle ATS Hohenlimburg - Nahmer	4210	2015	9.200	9.200	9.200	0	100%	100%	grün	Der Nutzungsvertrag mit dem Verein ATS Hohenlimburg - Nahmer über die Anmietung der vereinseigenen Turnhalle für den Schulsport wurde zum 31.03.2014 gekündigt. Die Maßnahme ist realisiert.
15_SZS.004	Refinanzierung Mietkosten für Sportstätten aus der Sportpauschale	6110	2015	19.000	19.000	19.000	0	100%	100%	grün	Die ertragswirksame Auflösung der Sportpauschale dient der teilweisen Kompensation der Maßnahmen "Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen / Erwachsene" (14_SZS.001) und "Einführung Beteiligung der Schwimmvereine" (14_SZS.002), die nicht durch den Rat beschlossen wurden. Siehe auch Maßnahmen 12_20.010 "Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten" und 15_FBOB.001 "Zuschusskürzung agentur mark GmbH". Die Maßnahme wurde mit Ratsbeschluss vom 11.12.2014 umgesetzt.
16_11.001	Kürzungen im Bereich Repräsentationen innere Verwaltung	1114	2016	7.250	7.250	7.250	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Ansatzreduzierung ist bereits bei der Haushaltsplanung berücksichtigt worden. Die Maßnahme ist umgesetzt.
16_11.004	Verwaltungsweite Durchsetzung von Desksharing & Home Office (Einsparung von Räumen)	1114	-	0	0	0	0	0%	0%	grün	Ein Konzept zum Thema "Non-territoriale Arbeitsplätze" ist derzeit noch nicht umsetzbar ohne die Einführung des Dokumentenmanagement Systems (DMS). Die Einführung von DMS wird vor einer verwaltungsweiten Umsetzung aktuell zunächst in einzelnen Bereichen vorgenommen, um Erkenntnisse für eine verwaltungsweite Umsetzung zu sammeln. Im Anschluss kann auch mit einer Planung zur verwaltungsweiten Umsetzung begonnen werden. Mit Ergebnissen zum Thema ist daher nicht vor Ende 2018 zu rechnen.
16_20.001	Enervie-Darlehen - hier: Bürgschaftsprovisionen	1150	2016	0	351.900	351.900	0	100%	0%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungs- grad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_25.002	Auslaufen Farbdrucker / Reduzierung SW-Drucker	1116	2018	15.000	0	0	0	-	0%	rot	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen (DS 0246/2016). Am 14.12.2017 hat der Rat der Stadt Hagen einstimmig beschlossen, die Konsolidierungsmaßnahme zurückzunehmen (vgl. DS 1085/2017). Die vorhandenen Druckmaschinen sollen stattdessen durch neue Geräte mit verbesserter Drucktechnik ersetzt werden. Die hierdurch entstehenden Gesamtkosten werden ab 2020 durch Verzicht auf die Wiederbesetzung einer Stelle in der Hausdruckerei kompensiert. Insgesamt wird so über den zukünftigen Vertragszeitraum des Drucksystems (12/2018 - 11/2023) eine Ersparnis im Personal- und Sachkostenbereich erzielt. Der neue Konsolidierungserfolg soll dem Konsolidierungsbetrag dieser Maßnahme gegenüber gestellt werden und fließt in die Fortschreibung 2018 ein.
16_30.001	Reduzierung Schiedsgerichtsbezirke	1220	2017	2.500	2.500	1.040	-1.460	42%	100%	gelb	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 30.06.2016 beschlossen. Die Zusammenlegung der Schiedsgerichtsbezirke ist teilweise erfolgt und wird in 2017 planmäßig abgeschlossen. Der vollständige Konsolidierungseffekt wird ab 2018 erzielt.
16_37.001	Abrechnung Brandsicherheitswachen ggü. Theater gGmbH (satzungsgem.)	1260	2016	100.000	100.000	123.196	23.196	123%	100%	grün	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Maßnahme wird übererfüllt. Im Jahr 2017 wurde ein Erlös in Höhe von 123.196 € erzielt.
16_55.002	Änderung der Elternbeitragssatzung für die Tagespflege (2%-ige jährliche Anpassung)	3610	2016	26.550	6.679	6.679	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_55.003	Änderung der Elternbeitragssatzung für Tageseinrichtungen für Kinder (2%-ige jährliche Anpassung)	3650	2016	130.000	126.910	126.910	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_55.004	Vermeidung des Missbrauchs bei EU-Binnenmigration	3112	2016	500.000	500.000	550.000	50.000	110%	100%	grün	Die Stadt Hagen gehört, wie die Städte Duisburg und Dortmund auch, zu den Städten, die in den letzten Jahren einen erhöhten Zuzug von EU-Binnenmigranten aus Rumänien und Bulgarien zu verzeichnen hatten. Diese Zuzüge sind teilweise durch bestimmte Gruppen von Nutznießern gezielt organisiert. Es ist in vielen Fällen fraglich, ob die zugezogenen Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben oder ob ihnen vorgespiegelt worden ist, in Deutschland eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Vielfach finden sich diese Menschen im Bezug von Sozialleistungen wieder. Zum Berichtstermin 23.02.18 liegen die für eine abschließende Bewertung notwendigen statistischen Daten der Bundesagentur für Arbeit für das 4. Quartal noch nicht vor. Nach den bisherigen Daten wird die geplante Konsolidierungssumme übertroffen und deckt die fehlende Konsolidierungssumme der Maßnahme 16_55.005.
16_55.005	KdU-Ersparnis durch Prüfung der Betriebs-/ Nebenkostenabrechnungen beim Jobcenter	3112	2016	260.000	260.000	210.000	-50.000	81%	100%	gelb	Zum Berichtstermin ist eine abschließende Bewertung nicht möglich. Nach bisherigen Erkenntnissen wird von einer Zielerreichung von ca. 80% ausgegangen. Die Differenz zum geplanten Effekt kann durch die Ergebnisse der HSP-Maßnahme 16_55.004 kompensiert werden.
16_55.006	KdU-Ersparnis durch Wohngelderhöhung	3112	2016	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Aufgrund der weiteren Prüfung eines Wohngeldanspruches, ist die zu erreichende Ersparnis auch für 2017 erreicht.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungs- grad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_55.009	Hilfen zur Erziehung, ambulante Hilfen selbst anbieten	3630	2016	120.000	120.000	309.500	189.500	100%	100%	grün	Für 2017 ist damit zu rechnen, dass die Maßnahme umgesetzt werden kann. Da die geplante Konsolidierungssumme übertroffen wird, kann hierdurch die fehlende Konsolidierungssumme i.H.v. 100.000 € der Maßnahme 12_55.001 kompensiert werden.
16_55.010	Ausweitung von Bedarfskontrollen SGB II / KdU	3112	2017	200.000	100.000	100.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_60.001	Einstellung Brunnenbetrieb/Sponsoring	5510	2016	10.000	10.000	10.000	0	100%	100%	grün	Die Konsolidierungsmaßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen und bei der Haushaltsplanung 2016/2017 bereits berücksichtigt. Das WBH-Budget wurde entsprechend reduziert. Die Einsparung kann daher strukturell erzielt werden.
16_69.002	Erhöhung der Bußgelder im Umweltrecht, Erhöhung der Verwargelder nach Gebietsordnung	5372	2016	20.000	20.000	0	-20.000	0%	0%	rot	In der Fortschreibung 2017 wurde die Maßnahme von 45.000 € auf 20.000 € herabgesetzt. Die Umsetzung der Maßnahme wird als kritisch eingestuft. Um die Fallzahlen zu erhöhen, müsste mehr Personal vor Ort ahnden können. Bei den zu verfolgenden Fällen können die Bußgelder nicht willkürlich erhöht werden.
16_FBOB.005	Kürzung pauschale Sachkostenzuweisung Fraktionen, Gruppen und Einzelmitglieder um 10%	1110	2016	4.275	4.275	4.275	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
16_FBOB.007	Kürzungen im Bereich Repräsentationen unter Aussparung der Kürzung im Bereich Städtepartnerschaften	1111	2016	11.000	11.000	11.500	500	105%	105%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen. Es konnten strukturell insgesamt 11.500 € eingespart werden.
16_FBOB.009	Reduzierung Ratsmitglieder	1110	2020	36.409	0	0	0	-	100%	grün	Die Verwaltung bereitet zurzeit einen Arbeits- und Zeitplan zur fristgerechten Umsetzung der Maßnahme vor.
16_FBOB.011	Reduzierung BV-Mitglieder (gestaffeltes Konzept/ zwei BV-Mitglieder weniger als bisher)	1110	2020	25.319	0	0	0	-	100%	grün	Die Verwaltung bereitet zurzeit einen Arbeits- und Zeitplan zur fristgerechten Umsetzung der Maßnahme vor.
16_FBOB.012	Reduzierung Fraktions- und Gruppenkosten durch 52er Rat (Sekundärfolge Ratsverkleinerung)	1110	2020	231.700	0	0	0	-	100%	grün	Die Verwaltung bereitet zur Zeit einen Arbeits- und Zeitplan zur fristgerechten Umsetzung der Maßnahme vor.
16_FBOB.013	Enervie-Darlehen - hier: Abschöpfung Zinsvorteil	5731	2016	0	150.000	150.000	0	100%	0%	grün	Das Konsolidierungsziel 2017 beträgt 150.000 €. Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.015	Einsparung der Begleitung von Ratssitzungen durch Tontechniker	1130	2017	7.000	7.000	7.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Vertrag mit dem externen Dienstleister für die Tontechnik ist nicht mehr über das Jahr 2016 hinaus verlängert worden.
16_FBOB.016	Zusätzliche Ausschüttung HEB aus Eigenkapital	5731	2020	0	0	0	0	-	0%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.017	Erhöhung Ausschüttung WBH	5380	2017	500.000	500.000	500.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.018	Reduzierung der BV-Mittel um 10%	1110	2016	15.000	15.000	15.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_GPR.001	Reduzierung Fortbildungskosten und Geschäftsaufwand	1117	2016	5.370	5.370	5.370	0	100%	100%	grün	Die Einsparung wurde erzielt.
16_GWH.004	Verschmelzungsgewinne	1120	2016	0	0	100.450	100.450	-	-	grün	Aufgrund des sehr positiven Ergebnisses der Gewinn- und Verlustrechnung der GWH ergab sich in 2016 ein Verschmelzungsgewinn von 2,179 Mio. €, wovon in 2016 2,078 Mio. € und in 2017 rund 100.000 € ergebniswirksam werden.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungs- grad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	1130	2016	8.626.325	8.426.325	8.361.725	-64.600	99%	98%	rot	Die Konsolidierung kann in 2017 nicht in voller Höhe erbracht werden. Das Defizit in Höhe von 64.600 € ergibt sich aus den bei der Aufstellung des Haushaltes nicht planbaren erhöhten Kosten im Bereich der Aufwendungen für den externen Wachdienst.
16_HABIT.001	Zusammenlegung der Vergabestellen HABIT und 25	div. HA	2020	100.000	0	0	0	-	100%	gelb	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Umsetzung der Maßnahme ist nach jetzigem Stand für 2020 angedacht.
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	PK	2016	130.000	57.000	26.103	-30.897	46%	39%	rot	Die Maßnahme befindet sich weiterhin in der Umsetzung. Geplant ist, Mitte 2018 alle Schulen an Caterer übergeben zu haben. Die Kosten für die Caterer fallen aber höher als geplant aus, hierdurch kommt es im FB 48 zu Sachkostenausweitungen. Die gesamten Kosten der Caterer und damit auch der Sachkostenaufwand können voraussichtlich Ende 2018 beziffert werden. Bis dahin wird der Wert für die monatlichen Sachkostenaufwendungen i.H.v. 2.140,11 € auch für die anderen Schulen prognostiziert.
16_PK.004	Zusammenlegung Info-Bereiche 32 und 25 im Rathaus I, Einsparung PK 2 Stellen	PK	2016	65.000	0	20.850	20.850	-	100%	grün	Ziel ist die Einsparung von 2 Stellen (30011306 und 30013777). Die Stellenfortfälle werden zum 01.01.2018 realisiert. Die Personalkosten sind ab dem 01.10.2017 reduziert.
16_PK.005	Einsparung Personal 25 2 Stellen PK, SK	PK	2016	90.400	90.400	90.400	0	100%	100%	grün	Die Maßnahmen wurden zum 01.01.2018 im Stellenplan 2018/2019 umgesetzt.
16_PK.006	Aufstellen eines Personalausweis- & Passautomaten im Bürgeramt	PK	2017	30.000	10.000	0	-10.000	0%	0%	rot	Eine Sondierung des Angebotes auf dem Markt läuft noch. Auch die Aufstellmöglichkeiten bleiben in der Planung berücksichtigt. Ein genauer Abschlußtermin ist noch offen. Aktuell wird geprüft, ob sich eine Untersuchung eignet, um die Prozesse zu analysieren und Synergieeffekte zu finden.
16_PK.007	Reorganisation Bürgeramt in Front- & Backoffice	PK	2019	75.000	0	0	0	-	100%	grün	Bisher ist keine Rückmeldung zur Übernahme von Aufgaben durch die Bürgerämter mit gleichzeitigem Abbau von Personal erfolgt. Eine Abfrage innerhalb der Stadtverwaltung läuft noch.
16_PK.008	Stelleneinsparung Bürgeramt durch Aufstellen zweier Kundenterminals mit E-Bürgerdiensten	PK	2019	75.000	0	0	0	-	100%	grün	Erste Sondierungstermine (HABIT, 11, 32) wurden geführt. Die Umsetzbarkeit ist noch in der Prüfung. Auch die Aufstellung wird bei der Planung berücksichtigt.
16_PK.009	Einsparung zweier Stellen durch die Einführung einer Betriebsführungssoftware	PK	2019	75.000	0	0	0	-	100%	grün	Die Maßnahme ist weiterhin in der Planung. Nach derzeitigem Stand ist weiterhin davon auszugehen, dass die Maßnahme bis 2019 umgesetzt werden kann.
16_PK.010	Abbau von fünf Mehrfachbeschäftigungen Theater & Musikschule bei der Musikschule	PK	2017	15.000	15.000	6.000	-9.000	40%	76%	rot	Die Beendigung der Beschäftigungsverhältnisse ist zur Vermeidung des prozessualen Risikos vorzeitig nicht möglich. Das vollständige Konsolidierungsziel wird erst in 2024 (planmäßiges Ausscheiden des letzten Mitarbeiters Mitte 2023) erreicht. Da das Konsolidierungsziel nicht vollständig erreicht werden kann, wird seitens des FB 48 eine Ersatzmaßnahme erbracht werden müssen. Strategische Überlegungen zur weiteren Aufstellung der Musikschule unter Berücksichtigung des Konsolidierungszieles laufen aktuell.
16_PK.011	Einsparungen durch Zusammenlegung von Führerschein- und Kfz-Stelle lt. GPA-Bericht	PK	2017	250.000	125.000	0	-125.000	0%	0%	rot	Der Umzug wurde durchgeführt. Es bestehen aber massive Rückstände in beiden Bereichen. Aktuell wird geprüft, ob sich eine Untersuchung eignet, um die Prozesse zu analysieren und Synergieeffekte zu finden.
16_PK.012	Verringerung Mehraufwand beim Personenstandswesen	PK	2017	95.000	95.000	95.000	0	100%	100%	grün	Die Konsolidierung wurde erbracht. Durch Fallzahlsteigerung sind die Personalkosten auf gleichem Niveau geblieben.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungs- grad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_PK.013	Reduzierung Pfortenpersonal Technisches Rathaus um eine Stelle	PK	2017	39.000	39.000	39.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt.
16_SZS.001	Einführung einer Energie- & Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene	4240	2017	140.000	140.000	0	-140.000	0%	100%	gelb	Die Einführung der Umlage ist Voraussetzung für die Umsetzung des Maßnahmenvorschlags 16_SZS.004. Die Maßnahme wurde vom Rat am 17.03.2016 beschlossen. Die ersten Vorbereitungen für die Umsetzung wurden bereits eingeleitet. Aufgrund der z. Zt. anstehenden Prüfung zur Einrichtung eines BgA Sportstätten wurde beschlossen, die Erhebung der Energie- und Bewirtschaftungsumlage bis zur Erteilung der rechtsverbindlichen Auskunft des Finanzamtes zurückzustellen. Die Erteilung der Auskunft liegt inzwischen vor. Somit erfolgt die Einführung der Umlage zum 01.01.2018.
16_SZS.002	Einführung Beteiligung der Schwimmvereine	4210	2017	40.000	40.000	0	-40.000	0%	100%	gelb	Voraussetzung für die Umsetzung des Maßnahmenvorschlags 16_SZS.004. Die Maßnahme wurde vom Rat am 17.03.2016 beschlossen. Die Erteilung der rechtsverbindlichen Auskunft des Finanzamtes zur Einrichtung eines BgA Sportstätten ist erfolgt. Die Energie- und Bewirtschaftungsumlage wurde zum 01.01.2018 eingeführt.
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	div. SZS	2017	250.000	250.000	0	-250.000	0%	47%	rot	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. In dieser Sitzung wurde ebenfalls die Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage beschlossen. Diese Umlage ist Voraussetzung für die Umsetzung der Maßnahme (s. 16_SZS.002). Die Erteilung der rechtsverbindlichen Auskunft des Finanzamtes zur Einrichtung eines BgA Sportstätten ist erfolgt. Die Energie- und Bewirtschaftungsumlage wurde zum 01.01.2018 eingeführt. Das beschlossene Einsparpotenzial in Höhe von 250.000 € kann strukturell nicht gehalten werden, da ausschließlich für den Erwachsenen sportbereich eine Umsetzung beschlossen wurde. Die ersten Berechnungen sind auf Grundlage des Gesamtsportbereiches (Erwachsene, Jugendliche und Kinder) erfolgt. Nach der Einschränkung auf den Erwachsenen sportbereich durch den o.g. Ratsbeschluss und den z. Zt. Vorliegenden Berechnungen auf Basis des Jahres 2015 kann nur noch ein Vorsteuerpotenzial von 116.727 € für die Folgejahre festgestellt werden. Dies wird in die Fortschreibung 2018 aufgenommen.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungs- grad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_SZS.005	Erlöse durch Vermarktung von Sportanlagen ähnlich ENERVIE-Arena	4240	-	0	0	0	0	-	-	grün	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Das Konzept und die Rahmenbedingungen wurden mit Vorlage 0394/2016 zur Beschlussfassung in der Ratssitzung am 02.09.2016 vorgelegt. Die Verwaltung geht davon aus, dass frühestens für das Haushaltsjahr 2017 ein erstes Konsolidierungsergebnis benannt werden kann. Der Entwurf zur Vermarktung der Namensrechte wurde am 29.06.2016 dem Sport- und Freizeitausschuss vorgestellt und dahingehend erweitert, dass realisierte Einnahmen zu 70% für die Vereine und 30% für die Unterhaltung der Sportstätten in den städtischen Haushalt einfließen. In der Ratssitzung am 22.09.2016 wurde diesem Modell zur Vermarktung der Namensrechte zugestimmt, unter der Maßgabe, dass nach Einrichtung des BgA Sportstätten, die Verwaltung ein entsprechendes Konzept entwickelt, in dem abschließend auch die Verwendung der dann eingeworbenen Mittel geregelt wird.
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	div. VB 5	2016	1.160.000	1.400.000	1.047.072	-352.928	75%	100%	gelb	Die Konsolidierung im Bereich der Gebäude konnte in voller Höhe erbracht werden. Eine weitere Einsparung wurde im Bereich Straßenbeleuchtung erzielt. Hier wird noch eine Erstattung des Energielieferanten erwartet, die sich voraussichtlich erst auf das Jahr 2018 auswirken wird, was in diesem Bereich zu einem Konsolidierungsdefizit führt. Auch bei diversen kleineren Maßnahmen konnten die Konsolidierungsziele, aufgrund von Nachveranschlagungen und abschließender Abrechnung in 2018, für 2017 nicht in voller Höhe erzielt werden.
PK_Gesamt	Gesamtsumme der Personalkosteneinsparung aller PK-	PK lfd. 2011		11.914.667	11.914.667	11.914.667	0	100%	100%	grün	Auf der Basis der Ergebnisse der Vorjahre ist davon auszugehen, dass die geplante strukturelle Personalkostenkonsolidierung im Haushaltsjahr 2017
Gesamtsumme				76.532.219	76.251.943	76.443.699	191.756				

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2017	Prognose 2017	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungs- grad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
-----	-------------	---------------	--------------------	--------------	-----------	---------------	--	-------------------------------	---------------	-----------------	---------------

Stellungnahme zur Maßnahme 14_Habit.001:

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im Rahmen ihrer Beratung zum Stärkungspakt Organisation und Aufbau im Bereich IT für den engeren Konzern der Stadt Hagen eine Untersuchung durchgeführt und empfiehlt eine stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT. Durch eine Zusammenführung der beiden Rechenzentren HABIT und IT der Wirtschaftsbetriebe (bzw. Aufgabe eines Rechenzentrums) soll ein Einsparpotenzial von 500.000 € erzielt werden. Die konkreten Einzelheiten dieser Maßnahme wurden im Laufe des Jahres 2014 mit Hilfe der GPA ermittelt, die hierzu einen externen IT-Berater beauftragte. Die Ausschreibung seitens der GPA ist nach wie vor in Vorbereitung. Die von der GPA im Rahmen der Konsolidierungsberatung zu beauftragende Prozess-Untersuchung soll ihre Schwerpunkte an Hand der Ergebnisse der überörtlichen Prüfung setzen. Im Laufe der letzten Monate ergaben sich durch verschiedene Kontakte mit anderen Kommunen aber Hinweise, dass hinsichtlich der Zurechnung von verwaltungsinternen Prozessen und Personalanteilen zu HABIT-Dienstleistungen nicht in allen Kommunen die Daten so aufbereitet wurden, wie dies in Hagen erfolgt ist. In Hagen wurden dezentrale Funktionen offenbar in stärkerem Maße den HABIT-Prozessen zugeordnet, als dies in anderen Städten erfolgt ist. Dies führt nach Einschätzung des HABIT und des Fachbereiches 11 zu einer im interkommunalen Vergleich überhöhten Belastung dieser Prozesse. Daher wurden einige Ergebnisse mit der GPA neu diskutiert und bereinigte Zahlen von Seiten der Stadt geliefert. Da diese neuen Zahlen nach Einschätzung von HABIT Einfluss auf die Schwerpunktsetzung der Prozessuntersuchung haben können, wurde die Vergabe von hier aus zurückgestellt, bis die endgültigen Erkenntnisse zu dem Themenkomplex EDV vorliegen. Es war zunächst beabsichtigt, auf Grund der neueren Auswertungen der Vergleichszahlen aus der überörtlichen Prüfung im Bereich IT die Leistungsbeschreibung für die externe Beratung durch die GPA aus der Sicht der Stadt noch einmal kurzfristig zu überarbeiten. Auf Grundlage der veränderten Vergleichszahlen auf Hager Seite war es aus der Sicht der Stadt Hagen sinnvoll, die Untersuchungsschwerpunkte zu verschieben. Daher hatte sich der Beginn der Vorarbeiten verzögert. Zwischenzeitlich zeigt sich jedoch, dass die personellen und finanziellen Ressourcen beim HABIT zur Umsetzung einer solchen stadtweiten Konzeption während der Bau- und Umzugsphasen für das Haupt-Rechenzentrum, das Backup-Rechenzentrum und die neuen Büroräume des HABIT keinesfalls gegeben sind. Um jetzt keine Konzepte auf Basis unzureichender Voraussetzungen zu entwickeln, die dann in zwei oder drei Jahren erneut überarbeitet werden müssen, muss der Start der Maßnahme nun auf den Zeitraum nach Fertigstellung der beiden Rechenzentren und dem Büroumzug des HABIT verschoben werden.

An der Maßnahme wird von Seiten der Stadt festgehalten. Nach den genannten Umzügen wird weiter versucht unter Beratung durch die GPA hier entsprechende Ergebnisse zu erzielen.

Der Rat beschloss am 07.04.2016 den HSP 2016/2017 und somit die Verschiebung der Maßnahme unter Berücksichtigung des Effekts der alten Maßnahme 15_11.001 in Höhe von 300.000 € im Jahr 2021. Im HSP 2016/2017 wurden für den Zeitraum der Verschiebung entsprechende (temporäre) Ersatzmaßnahmen beschlossen.

Mit Bezug auf die Anmerkung in der Genehmigungsverfügung der Bezirksregierung für das HSP 2017 teilt die Verwaltung mit, dass nach Abschluss der Umzugsarbeiten für das Rechenzentrum durch Beauftragung der GPA eine externe Untersuchung vorgesehen ist, die zum Einen eine stadtweite Prozessoptimierung durch verstärkte Nutzung digitaler Prozesse und zum Anderen den Prozessablauf innerhalb des HABIT überprüfen soll.

Hinweise zur "Ampel-Bewertung":

Aufgrund der Bemerkungen der Bezirksregierung aus dem Schreiben vom 12.09.2013 wurde der Erfolg aller Maßnahmen bei der Ampelbewertung nun einzeln betrachtet. Die Beurteilung wurde wie folgt definiert:

Grün: Sowohl im aktuellen Jahr als auch in der mittelfristigen Prognose für 2021 (nicht Planung) wird das Konsolidierungsziel erreicht.

Gelb: Im aktuellen Jahr wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht, aber in der mittelfristigen Prognose 2021.

Rot: In der mittelfristigen Prognose 2021 wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht. Die Prognose 2021 ist geringer als in der Fortschreibung des jeweiligen Jahres.

HSP Controllingbericht über die Konsolidierungsbeiträge 2018 und die Prognose 2021

I. Quartal 2018

Bericht zum Stand: 31.03.2018
Erarbeitet und vorbereitet durch:
Stadt Hagen,
Fachbereich Finanzen und Controlling,
Bereich Finanzsteuerung und Controlling

Inhaltsverzeichnis:

Einführung	3
I. Teil	6
Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen.....	6
II. Teil	7
Übersicht der aktuellen Einzelmaßnahmen	7
	Anlage

Einführung

Berichtspflicht

Die Stadt Hagen ist als pflichtige Stärkungspaktkommune gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg in besonderem Maße zur Auskunft verpflichtet. Gemäß § 7 Stärkungspaktgesetz ist der Bezirksregierung zusätzlich zur Genehmigung auch die Überwachung der Einhaltung des Haushaltssanierungsplans (HSP) übertragen worden. Die Stadt Hagen ist als Stärkungspaktteilnehmerin dazu verpflichtet, jährlich zum Stand der Umsetzung des HSP zu berichten. Nach dem Ausführungserlass zur Haushaltskonsolidierung vom 07. März 2013 sind die Berichte wie folgt vorzulegen:

bis zum 31.07. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 30. Juni des gleichen Jahres,
bis zum 01.12. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 30. September des gleichen Jahres und
bis zum 15.04. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 31. März. des gleichen Jahres zusammen mit dem vom Oberbürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses für das vorherige Jahr.

Berichtsziel und Empfänger

Der vorliegende Bericht verschafft in erster Linie einen komprimierten Gesamtüberblick über die aktuelle Entwicklung der Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt Hagen. Durch die regelmäßigen Überprüfungen werden Potenziale und Gefahren bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen erkannt und ermöglichen ein gezieltes Einschreiten bei Abweichungen im Plan-Ist-Vergleich.

Der Bericht wird dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Verwaltungsvorstand und der Bezirksregierung vorgelegt.

Berichtserstellung und Vorgehensweise

Mit dem Beschluss des HSP 2018 wurden 133 bestehende Maßnahmen wie folgt fortgeschrieben:

Anzahl im HSP 2017:
133 offene Maßnahmen

↓

Veränderung der Anzahl im HSP 2018:

- + 6 Aufteilung der Maßnahme 14_VB4.001 (18_46.001, 18_46.002, 18_48.001, 18_48.002, 18_48.003, 18_49.001)
- 1 Wegfall der Maßnahme 14_VB4.001
- 1 Rücknahme der Maßnahme 16_25.002
- + 2 neue Maßnahmen (18_37.001, 18_PK.001)
- 1 Maßnahme 12_37.001 geht über in 18_37.001
- + 1 Splittung der Maßnahme 11_OBBC.006S in 18_01.001
- + 1 Splittung der Maßnahme 12_25.001 in 18_32.001
- 6 Maßnahmen ohne Konsolidierungspotenzial (12_GWH.005, 13_11.001, 16_69.002, 16_GWH.004, 16_PK.006, 16_PK.011)

134 offene Maßnahmen

Somit ergeben sich 134 Konsolidierungsmaßnahmen, die Gegenstand dieses Berichts sind.

Aufgrund der aktuellen Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2018, die am 22.02.2018 vom Rat der Stadt Hagen beschlossen wurde und der Bezirksregierung zur Genehmigung vorliegt, sind zum derzeitigen Zeitpunkt keine Abweichungen erkennbar.

Das Konsolidierungsvolumen im Haushaltssanierungsplan 2018 beträgt 77.524.775 €

Berichtsinhalte

Im **I. Teil** werden die erzielten Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen dargestellt. Negative Abweichungen werden mit einem Minus-Zeichen dargestellt, ergänzend wird die prozentuale Abweichung berechnet.

Im **II. Teil** erfolgt die Betrachtung der Einzelmaßnahmen in einer Übersicht.

I. Teil

Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen

Ertrags- und Aufwandsarten	Plan 2018	Prognose 2018	Differenz Prognose - Plan	Prozentuale Abweichung
1 Steuern und ähnliche Abgaben	21.290.883	21.290.883	0	0,00%
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.947.663	1.947.663	0	0,00%
3 Sonstige Transfererträge	25.000	25.000	0	0,00%
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.231.408	3.231.408	0	0,00%
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	63.500	63.500	0	0,00%
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.614.806	1.614.806	0	0,00%
7 Sonstige ordentliche Erträge	4.435.400	4.435.400	0	0,00%
8 Aktivierte Eigenleistung	0	0	0	0,00%
9 Bestandsveränderungen	0	0	0	0,00%
10 Ordentliche Erträge	32.608.660	32.608.660	0	0,00%
11 Personalaufwendungen	12.208.500	12.208.500	0	0,00%
12 Versorgungsaufwendungen	41.920	41.920	0	0,00%
13 Aufwendungen für Sach- Dienstleistungen	16.792.691	16.792.691	0	0,00%
14 Bilanzielle Abschreibungen	431	431	0	0,00%
15 Transferaufwendungen	10.113.268	10.113.268	0	0,00%
16 Sonstige Ordentliche Aufwendungen	2.965.105	2.965.105	0	0,00%
17 Ordentliche Aufwendungen	42.121.915	42.121.915	0	0,00%
18 Summe Zeile 10 + 17	74.730.575	74.730.575	0	0,00%
19 Finanzerträge	2.300.000	2.300.000	0	0,00%
20 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	494.200	494.200	0	0,00%
21 Finanzergebnis	2.794.200	2.794.200	0	0,00%
22 Gesamtbetrag (Zeile 18 + 21)	77.524.775	77.524.775	0	0,00%

II. Teil

Übersicht der aktuellen Einzelmaßnahmen

Anlage zum Controllingbericht HSP 2018 – 1. Quartal

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2018	Prognose 2018	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungsgrad 2018	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
11_11.002	TP1114 pauschale Sachkosteneinsparung	1114	Ift. 2011	145.090	145.090	145.090	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_11.111	Interkommunale Zusammenarbeit	div. 11	2015	1.006.054	1.006.054	1.006.054	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_20.001	Neuausrichtung des Forderungsmanagements	1120	2013	30.000	30.000	30.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_20.006	Optimierungen bei der Straßenreinigung	5450	2014	552.000	520.000	520.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_20.007	Sachkostenreduzierung im TP 1120	1120	Ift. 2011	52.000	52.000	52.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_20.008	Sachkostenreduzierung im TP 1121	1120	2013	30.000	30.000	30.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_20.012	Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes	6110	2014	228.000	228.000	228.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_20.014	Anhebung der Hundesteuer	6110	2012	520.000	520.000	520.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_32.007	Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten	1220	2012	570.000	570.000	570.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_40.014	Einstellung Edmond-Lizenzen	2143	2014	5.000	5.000	5.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_43.007	Sachkosteneinsparung TP 2571	2571	Ift. 2011	26.086	26.086	26.086	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_43.009	Entgelte für Sonderleistungen	2571	2012	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_44.006	Veränderung der Angebotsstruktur	2563	Ift. 2011	50.600	50.600	50.600	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_46.016	Zuschussreduzierung Theater	2561	Ift. 2011	339.334	339.334	339.334	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_55.114b	Eingliederungshilfe / Ersatzmaßnahme für 55.114	3111	2012	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_55.161	Hilfen zur Erziehung (nur Tagesgruppen)	3630	Ift. 2011	150.000	150.000	150.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_55.167b	Leistungsgewährung Asylbewerber / Ersatzmaßnahme für 55.167	3113	2012	165.000	165.000	165.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_69.001S	Streichung Verbraucherberatungszuschuss	1223	Ift. 2010	45.000	45.000	45.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_AÖR.001	Erweiterung SEH/AÖR (früher Maßnahmennummer VB5.001)	5410	2012	5.464.842	5.464.842	5.464.842	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_FBOB.001	Optimierung der Beteiligungsstruktur	5731	2014	1.600.000	1.300.000	1.300.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_HABIT.003	Reduzierung des IT-Sachkostenzuschusses der Stadt Hagen	1114	Ift. 2011	1.500.000	1.500.000	1.500.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_HABIT.777P	Personaleinsparung im Wirtschaftsplan HABIT	1114	Ift. 2011	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2018	Prognose 2018	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungsgrad 2018	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
11_OB.005S1	Neuordnung der Wirtschaftsförderung - hier: Stadtwerbung, Hagen-Touristik, Stadtmarketingverein	5731	Ift. 2011	547.314	547.314	547.314	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_OB.005S2	Neuordnung der Wirtschaftsförderung - hier: Wifo, OB/SZW, Europe Direct Büro u. Wirtschaft u. Marketing	5731	Ift. 2011	-95.122	-95.122	-95.122	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_OBA.005	Öffentlichkeitsarbeit	1111	Ift. 2011	12.000	12.000	12.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_OBBC.005S	Zuschussminim. Stadthalle, Alt-Maßnahme	5731	Ift. 2011	80.000	80.000	80.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5731	Ift. 2011	1.683.500	0	0	0	-	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_14.001	Reduzierung Beratungsleistung durch Wirtschaftsprüfer bei Prüfung des Gesamtabchlusses	1113	2013	36.060	31.060	31.060	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_20.001	Einsparung Gewässerunterhaltung	5520	2014	200.000	200.000	200.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_20.002	Vergnügungssteuer - Besteuerung für Wettbüros	6110	2014	130.000	130.000	130.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_20.005	Vergnügungssteuer - Einführung einer Steuer für sexuelle Dienste	6110	2015	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	6110	2013	13.713.128	13.699.477	13.699.477	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_20.007	Beratungsleistung- und Gutachterkosten (Verteilung 2013 10.000 € TP 1120)	1120	2013	10.000	10.000	10.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_20.008	Portoersatz Vollsteckungsvorankündigung	1120	2013	16.000	16.000	16.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	6110	2013	4.350.513	4.100.514	4.100.514	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	6110	2013	1.302.209	1.302.209	1.302.209	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_25.001	Weitere Sachkostenreduzierung Innere Verwaltung	1116	2016	97.900	97.900	97.900	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_25.002	Papierloser Sitzungsdienst	1116	2016	30.000	30.000	30.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_30.001	Rabatte Versicherungsprämien	1123	2013	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_32.002	Gebührenerhöhung Städtisches Gewerberegister	1220	2013	1.700	1.700	1.700	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	1220	2013	26.000	26.000	26.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2018	Prognose 2018	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungsgrad 2018	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
12_46.001	Vorschlag GPA: Zuschussreduzierung Theater	2561	2014	850.000	850.000	850.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_47.001	Sachkostenreduzierung Historisches Centrum Hagen	2520	2012	10.000	10.000	10.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_48.002	Altmaßnahme: Parkgebühren für Kfz von Lehrkräften auf Schulhöfen einführen	1116	2014	80.000	65.000	65.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_53.001	Gebührenerhöhung Medizinalaufsicht, amtsärztliche Gutachten und Infektionsschutz	4140	2013	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_55.001	Mehreinnahmen Unterhaltsvorschussleistungen	3151	2017	0	12.500	12.500	0	100%	0%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_55.006	Umsetzung des Urteils des VerFGH zu den finanziellen Folgen der Umsetzung des KiföG ; Belastungsausgleich U3	3650	2012	900.000	900.000	900.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_FBOB.002	Reduzierung der Aufwendungen für politische Gremien	1110	2014	12.500	12.500	12.500	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_FBOB.003	Reduzierung des Ansatzes für Veranstaltungen	1111	2013	10.372	10.372	10.372	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_FBOB.004	Optimierung bei den Freibädern, Schlechtwetterkonzept; Synergien HVG	5731	2012	600.000	600.000	600.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_FBOB.006	Einsparungen durch Amtsblatt, Punkt 7	1111	2013	32.000	32.000	32.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_HABIT.001	Vorschlag GPA: HABIT	1114	2015	100.000	100.000	100.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_WBH.001	Budgetvorgabe WBH (insgesamt 300.000 €, u.a. TP 5410, 5430, 5440)	5410	2015	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
13_37.001	Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen über Zoll-Auktion	1260	2014	5.000	5.000	5.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
13_37.002	Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über Zoll-Auktion	1270	2014	5.000	5.000	5.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
13_GWH.001	Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken	1123	2014	30.000	30.000	30.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	1114	2016	4.000	4.000	4.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_20.001	Hundebestandsaufnahme	6110	2016	144.000	144.000	144.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_20.002	Aktives Schuldenmanagement	6110	2015	378.600	494.200	494.200	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2018	Prognose 2018	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungsgrad 2018	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
14_20.003	Änderung der Mahnsystematik im Bereich der Grundbesitzabgaben	1120	2015	15.000	15.000	15.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_25.001	Schließung der Kantine/Cafeteria zum 10.08.2015	1116	2014	120.000	120.000	120.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	1220	2014	700.000	2.900.000	2.900.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_48.001	Sachkostenreduzierung Lernmittel	div. 1.21	2014	323.000	323.000	323.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_48.003	Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbücherei Hagen	2572	2014	9.000	9.000	9.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_48.004	Entgelterhöhung Volkshochschule Hagen	2571	2014	38.400	38.400	38.400	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_55.157	Verträge mit fünf Hagener Wohlfahrtsverbänden, hier Wegfall der Pauschalzuweisung	3131	2016	75.000	75.000	75.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	5410	2014	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_69.004	Kürzung Sachmittel Umweltamt	5520	2015	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_FBOB.001	Reduzierung stellvertretende Bezirksvorsteher	1110	2014	11.000	11.000	11.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_FBOB.004	Erhöhung Ausschüttung HEB	5731	2014	100.000	100.000	100.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_FBOB.008	Gewinnausschüttung WBH	5731	2014	2.000.000	2.000.000	2.000.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_GWH.002	Schließung der öffentl. WC-Anlage Vollbrinkstr.	5380	2014	10.377	10.377	10.377	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
14_HABIT.001	Stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT	1116	2020	800.000	0	0	0	-	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
15_11.002	Erträge im Bereich Beihilfe - Arzneimittelrabatte	1114	2016	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
15_20.001	Finanzierung GVG aus der allgemeinen Investitionspauschale	1120	2016	800.000	800.000	800.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
15_48.002	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Offene Ganztagschulen (OGS) im Primärbereich	2111	2016	11.460	11.460	11.460	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
15_55.001	Vermeidung von Mehrbelastungen durch den Betrieb von Kitas in freier Trägerschaft	3650	2016	825.122	732.343	732.343	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2018	Prognose 2018	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungsgrad 2018	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
15_55.002	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Kindertagespflege	3650	2016	20.717	20.717	20.717	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
15_55.003	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Tageseinrichtungen für Kinder	3650	2016	393.631	393.631	393.631	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
15_61.001	Zusätzliche Verkaufserlöse bei Grundstücken durch die Einstellung von Bauleitplanern	1123	2016	0	200.000	200.000	0	100%	0%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
15_FBOB.001	Zuschusskürzung agentur mark GmbH	5731	2015	18.000	18.000	18.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
15_SZS.003	Aufgabe der Turnhalle ATS Hohenlimburg - Nahmer	4210	2015	9.200	9.200	9.200	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
15_SZS.004	Refinanzierung Mietkosten für Sportstätten aus der Sportpauschale	6110	2015	19.000	19.000	19.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_11.001	Kürzungen im Bereich Repräsentationen innere Verwaltung	1114	2016	7.250	7.250	7.250	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_11.004	Verwaltungsweite Durchsetzung von Desksharing & HomeOffice (Einsparung von Räumen)	1114		0	0	0	0	-	0%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_20.001	Enervie-Darlehen - hier: Bürgschaftsprovisionen	1120	2016	0	351.900	351.900	0	100%	0%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_30.001	Reduzierung Schiedsgerichtsbezirke	1118	2017	2.500	2.500	2.500	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_37.001	Brandsicherheitswachen Theater (Teil aus 14_VB4.001)	1260	2016	120.000	120.000	120.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_55.002	Änderung der Elternbeitragssatzung für die Tagespflege (2%-ige jährliche Anpassung)	3650	2016	26.550	11.500	11.500	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_55.003	Änderung der Elternbeitragssatzung für Tageseinrichtungen für Kinder (2%-ige jährliche Anpassung)	3650	2016	130.000	130.000	130.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_55.004	Vermeidung des Missbrauchs bei EU-Binnenmigration	3112	2016	500.000	500.000	500.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_55.005	KdU-Ersparnis durch Prüfung der Betriebs-/ Nebenkostenabrechnungen beim Jobcenter	3112	2016	260.000	260.000	260.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2018	Prognose 2018	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungsgrad 2018	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_55.006	KdU-Ersparnis durch Wohngelderhöhung	3112	2016	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_55.009	Hilfen zur Erziehung, ambulante Hilfen selbst anbieten	3630	2016	120.000	120.000	120.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_55.010	Ausweitung von Bedarfskontrollen SGB II / KdU	3112	2017	200.000	100.000	100.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_60.001	Einstellung Brunnenbetrieb/Sponsoring	5510	2016	10.000	10.000	10.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.005	Kürzung pauschale Sachkostenzuweisung Fraktionen, Gruppen und Einzelmitglieder um 10%	1110	2016	4.275	4.275	4.275	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.007	Kürzungen im Bereich Repräsentationen	1111	2016	11.500	11.500	11.500	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.009	Reduzierung Ratsmitglieder	1110	2020	36.409	0	0	0	-	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.011	Reduzierung BV-Mitglieder (gestaffeltes Konzept/ zwei BV-Mitglieder weniger als bisher)	1110	2020	25.319	0	0	0	-	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.012	Reduzierung Fraktions- und Gruppenkosten durch 52er Rat (Sekundärfolge Ratsverkleinerung)	1110	2020	231.700	0	0	0	-	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.013	Enervie-Darlehen - hier: Weitere Kürzung HVG-Zuschuss	5731	2016	0	150.000	150.000	0	100%	0%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.015	Einsparung der Begleitung von Ratssitzungen durch Tontechniker	1130	2017	7.000	7.000	7.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.016	Zusätzliche Ausschüttung HEB aus Eigenkapital	5731	2020	0	0	0	0	-	0%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.017	Erhöhung Ausschüttung WBH	5731	2017	500.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.018	Reduzierung der BV-Mittel um 10%	1110	2016	15.000	15.000	15.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_GPR.001	Reduzierung Fortbildungskosten und Geschäftsaufwand	1112	2016	5.370	5.370	5.370	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	1130	2016	8.426.325	8.226.325	8.226.325	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_HABIT.001	Zusammenlegung der Vergabestellen bei HABIT und 25	1114	2018	100.000	0	0	0	-	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	PK	2016	50.455	35.564	35.564	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2018	Prognose 2018	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungsgrad 2018	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_PK.004	Zusammenlegung Info-Bereiche 32 und 25 im Rathaus I, Einsparung PK 2 Stellen	PK	2016	65.000	65.000	65.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_PK.005	Einsparung Personal 25 2 Stellen PK, SK	PK	2016	90.400	90.400	90.400	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_PK.007	Reorganisation Bürgeramt in Front- & Backoffice	PK	2019	75.000	0	0	0	-	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_PK.008	Stelleneinsparung Bürgeramt durch Aufstellen zweier Kundenterminals mit E-Bürgerdiensten	PK	2019	75.000	0	0	0	-	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_PK.009	Einsparung zweier Stellen durch die Einführung einer Betriebsführungssoftware	PK	2019	75.000	0	0	0	-	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_PK.010	Abbau von drei Mehrfachbeschäftigungen Theater & Musikschule bei der Musikschule	PK	2017	11.445	6.000	6.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_PK.012	Verringerung Mehraufwand beim Personenstandswesen	PK	2017	95.000	95.000	95.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_PK.013	Reduzierung Pfortenpersonal Technisches Rathaus um eine Stelle	PK	2017	39.000	39.000	39.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_SZS.001	Einführung einer Energie- & Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene	4210	2017	140.000	140.000	140.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_SZS.002	Einführung Beteiligung der Schwimmvereine	4210	2017	40.000	40.000	40.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	4210	2017	116.727	116.727	116.727	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_SZS.005	Erlöse durch Vermarktung der Namensrechte an Sportanlagen ähnlich ENERVIE-Arena	4210		0	0	0	0	-	0%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	div. VB 5	2016	1.160.000	1.400.000	1.400.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
PK_Gesamt	Gesamtsumme der Personalkosteneinsparung aller PK-Maßnahmen	PK	lfd. 2011	11.914.667	11.914.667	11.914.667	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
18_01.001	Anpassung Zuschuss HVG	5731	2018	4.000.000	5.000.000	5.000.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
18_32.001	Dienstleistungen Info-Bereich Bürgeramt	1220	2018	40.000	40.000	40.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Nr.	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Plan 2018	Prognose 2018	Differenz Prognose - Plan (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung	Zielerreichungsgrad 2018	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
18_37.001	Strukturelle Änderung Rettungsdienstgebühren	1270	2018	1.619.000	1.619.000	1.619.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
18_46.001	Zuschussreduzierung Theater (Teil aus 14_VB4.001)	2561	2018	1.260.000	990.000	990.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
18_46.002	Abbau Forderung Theater (Teil aus 14_VB4.001)	2561	2018	120.000	120.000	120.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
18_48.001	Zuschussreduzierung FB 48/VHS (Teil aus 14_VB4.001)	2571	2018	230.000	230.000	230.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
18_48.002	Zuschussreduzierung FB 48/Musikschule (Teil aus 14_VB4.001)	2563	2018	222.000	222.000	222.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
18_48.003	Zuschussreduzierung FB 48/Bücherei (Teil aus 14_VB4.001)	2572	2018	40.300	40.300	40.300	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
18_49.001	Zuschussreduzierung FB 49 (Teil aus 14_VB4.001)	2520	2018	231.739	231.739	231.739	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
18_PK.001	Stelleneinsparung durch die Beschaffung neuer Digitaldruckmaschinen	PK	2020	43.500	0	0	0	-	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
Gesamtsumme				77.914.018	77.524.775	77.524.775	0				

Hinweise zur "Ampel-Bewertung":

Aufgrund der Bemerkungen der Bezirksregierung aus dem Schreiben vom 12.09.2013 wurde der Erfolg aller Maßnahmen bei der Ampelbewertung nun einzeln betrachtet. Die Beurteilung wurde wie folgt definiert:

Grün: Sowohl im aktuellen Jahr als auch in der mittelfristigen Prognose für 2021 (nicht Planung) wird das Konsolidierungsziel erreicht.

Gelb: Im aktuellen Jahr wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht, aber in der mittelfristigen Prognose 2021.

Rot: In der mittelfristigen Prognose 2021 wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht. Die Prognose 2021 ist geringer als in der Fortschreibung des jeweiligen Jahres.